
2013 **Ausgegeben zu Bonn am 20. März 2013** **Nr. 7**

Tag	Inhalt	Seite
14. 3. 2013	Gesetz zu dem Protokoll vom 16. Mai 2012 zu den Anliegen der irischen Bevölkerung bezüglich des Vertrags von Lissabon GESTA: XA010	291
7. 3. 2013	Verordnung zu dem Abkommen vom 17. Mai 2011 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen über das Büro des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland FNA: neu: 188-74-5	294
8. 3. 2013	Verordnung zur Änderung der Anlage 1 des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (Zehnte Verordnung zur Änderung des ATP-Übereinkommens)	298
8. 3. 2013	Dreiundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Anlagen A und B zum ADR-Übereinkommen (23. ADR-Änderungsverordnung – 23. ADRÄndV)	309
18. 1. 2013	Bekanntmachung des deutsch-bangladeschischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	311
30. 1. 2013	Bekanntmachung zur Europäischen Sozialcharta	313
30. 1. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 150 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Arbeitsverwaltung: Rolle, Aufgaben, Aufbau	313
31. 1. 2013	Bekanntmachung der deutsch-ecuadorianischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	314
4. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen	316
4. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen	317
4. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Organisation für mobile Satellitenkommunikation	318
4. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Straßenverkehr	319
4. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über Internationale Ausstellungen ...	319
4. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen	320
4. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See	321
4. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen	322
4. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt	322
4. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die vorübergehende Verwendung	323
4. 2. 2013	Bekanntmachung der deutsch-philippinischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	323
5. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	325

Tag	Inhalt	Seite
5. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK“	326
5. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 115 der Internationalen Arbeitsorganisation über den Schutz der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen	326
5. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	327
6. 2. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens zur Gründung des Globalen Treuhandfonds für Nutzpflanzenvielfalt	328
8. 2. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen	329
8. 2. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Spanien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen	329
11. 2. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-slowenischen Protokolls zur Änderung des Abkommens vom 3. Mai 2006 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen	330
11. 2. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-bermudischen Abkommens über den Auskunfts-austausch in Steuersachen	330
11. 2. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-mauritischen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen	331
11. 2. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-irischen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen	332
12. 2. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-liechtensteinischen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen	332
12. 2. 2013	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-san-marinesischen Abkommens über die Unter-stützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch	333
14. 2. 2013	Bekanntmachung der deutsch-marokkanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	333
15. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung	335
18. 2. 2013	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt	336

**Gesetz
zu dem Protokoll vom 16. Mai 2012
zu den Anliegen der irischen Bevölkerung
bezüglich des Vertrags von Lissabon**

Vom 14. März 2013

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 21. Mai 2012 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll vom 16. Mai 2012 zu den Anliegen der irischen Bevölkerung bezüglich des Vertrags von Lissabon (BGBl. 2008 II S. 1038, 1039) wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 4 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 14. März 2013

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Protokoll zu den Anliegen der irischen Bevölkerung bezüglich des Vertrags von Lissabon

Das Königreich Belgien,
die Republik Bulgarien,
die Tschechische Republik,
das Königreich Dänemark,
die Bundesrepublik Deutschland,
die Republik Estland,
Irland,
die Hellenische Republik,
das Königreich Spanien,
die Französische Republik,
die Italienische Republik,
die Republik Zypern,
die Republik Lettland,
die Republik Litauen,
das Großherzogtum Luxemburg,
Ungarn,
Malta,
das Königreich der Niederlande,
die Republik Österreich,
die Republik Polen,
die Portugiesische Republik,
Rumänien,
die Republik Slowenien,
die Slowakische Republik,
die Republik Finnland,
das Königreich Schweden,
das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland

im Folgenden „Die Hohen Vertragsparteien“ –

unter Hinweis auf den Beschluss der im Europäischen Rat auf seiner Tagung vom 18. und 19. Juni 2009 vereinigten Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu den Anliegen der irischen Bevölkerung bezüglich des Vertrags von Lissabon,

unter Hinweis auf die Erklärung der im Europäischen Rat auf seiner Tagung vom 18. und 19. Juni 2009 vereinigten Staats- und Regierungschefs, dass sie zum Zeitpunkt des Abschlusses des nächsten Beitrittsvertrags die Bestimmungen des genannten Beschlusses in ein Protokoll aufnehmen würden, das nach Maßgabe ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügt wird,

in Anbetracht der Unterzeichnung des Vertrags zwischen den Hohen Vertragsparteien und der Republik Kroatien über den Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union durch die Hohen Vertragsparteien –

sind über folgende Bestimmungen übereingekommen, die dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügt werden:

Titel I

Recht auf Leben, Familie und Bildung

Artikel 1

Weder die Bestimmungen des Vertrags von Lissabon, die der Charta der Grundrechte der Europäischen Union Rechtsstatus verleihen, noch die Bestimmungen dieses Vertrags im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts berühren in irgendeiner Weise den Geltungsbereich und die Anwendbarkeit des Schutzes des Rechts auf Leben nach den Artikeln 40.3.1, 40.3.2 und 40.3.3, des Schutzes der Familie nach Artikel 41 und des Schutzes der Rechte in Bezug auf Bildung nach den Artikeln 42, 44.2.4 und 44.2.5 der Verfassung Irlands.

Titel II

Steuerwesen

Artikel 2

Durch den Vertrag von Lissabon erfolgt für keinen Mitgliedstaat irgendeine Änderung in Bezug auf den Umfang und die Ausübung der Zuständigkeiten der Europäischen Union im Bereich der Steuerpolitik.

Titel III

Sicherheit und Verteidigung

Artikel 3

Die Union lässt sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der universellen Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Achtung der Menschenwürde, den Grundsätzen der Gleichheit und der Solidarität sowie der Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts leiten.

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und sichert der Union eine Operationsfähigkeit, so dass sie Missionen außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen durchführen kann.

Sie berührt weder die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten, einschließlich Irlands, noch die Verpflichtungen irgendeines Mitgliedstaats.

Der Vertrag von Lissabon berührt oder beeinträchtigt nicht Irlands traditionelle Politik der militärischen Neutralität.

Es ist Sache der Mitgliedstaaten – einschließlich Irlands, das im Geiste der Solidarität und unbeschadet seiner traditionellen Politik der militärischen Neutralität handelt –, zu bestimmen, welche Art von Hilfe oder Unterstützung sie einem Mitgliedstaat leisten, der von einem Terroranschlag oder einem bewaffneten Angriff auf sein Hoheitsgebiet betroffen ist.

Ein Beschluss über den Übergang zu einer gemeinsamen Verteidigung erfordert einen einstimmigen Beschluss des Europäischen Rates. Es wäre Sache der Mitgliedstaaten, einschließlich Irlands, nach Maßgabe des Vertrags von Lissabon und ihrer

jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften zu entscheiden, ob der Beschluss zu einer gemeinsamen Verteidigung gefasst wird.

Dieser Titel berührt oder präjudiziert in keiner Weise die Haltung oder Politik anderer Mitgliedstaaten im Bereich der Sicherheit und Verteidigung.

Es ist auch Sache jedes einzelnen Mitgliedstaates, nach Maßgabe des Vertrags von Lissabon und etwaiger innerstaatlicher Rechtsvorschriften zu entscheiden, ob er an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit teilnimmt oder sich an der Europäischen Verteidigungsagentur beteiligt.

Der Vertrag von Lissabon sieht weder die Schaffung einer europäischen Armee noch die Einberufung zu irgendeinem militärischen Verband vor.

Er berührt nicht das Recht Irlands oder eines anderen Mitgliedstaates, Art und Umfang seiner Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben sowie die Art seiner Verteidigungsfähigkeit zu bestimmen.

Es ist Sache Irlands und jedes anderen Mitgliedstaats, nach Maßgabe etwaiger innerstaatlicher Rechtsvorschriften einen Beschluss über eine etwaige Teilnahme an Militäroperationen zu fassen.

Titel IV Schlussbestimmungen

Artikel 4

Dieses Protokoll liegt bis zum 30. Juni 2012 zur Unterzeichnung durch die Hohen Vertragsparteien auf.

Dieses Protokoll wird durch die Hohen Vertragsparteien sowie von der Republik Kroatien, falls das Protokoll im Zeitpunkt des Beitritts der Republik Kroatien zur Europäischen Union noch nicht in Kraft getreten ist, im Einklang mit ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

Dieses Protokoll tritt wenn möglich am 30. Juni 2013 in Kraft, sofern alle Ratifikationsurkunden hinterlegt worden sind, oder andernfalls am ersten Tag des auf die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch den letzten Mitgliedstaat folgenden Monats.

Artikel 5

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in bulgarischer, dänischer, deutscher, englischer, estnischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, lettischer, litauischer, maltesischer, niederländischer, polnischer, portugiesischer, rumänischer, schwedischer, slowakischer, slowenischer, spanischer, tschechischer und ungarischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Mitgliedstaats eine beglaubigte Abschrift.

Sobald die Republik Kroatien gemäß Artikel 2 der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien durch dieses Protokoll gebunden ist, wird der kroatische Wortlaut dieses Protokolls, der gleichermaßen verbindlich ist wie die in Absatz 1 genannten Wortlaute, im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Mitgliedstaats eine beglaubigte Abschrift.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Protokoll gesetzt.

Geschehen zu Brüssel am sechzehnten Mai zweitausendzwoölf.

**Verordnung
zu dem Abkommen vom 17. Mai 2011
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen
über das Büro des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen
in der Bundesrepublik Deutschland**

Vom 7. März 2013

Auf Grund des Artikels 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 5. Juni 1996 zu dem Abkommen vom 10. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen über den Sitz des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen (BGBl. 1996 II S. 903) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Das in Rom am 17. Mai 2011 geschlossene Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen über das Büro des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Juni 1996 zu dem Abkommen vom 10. November 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen über den Sitz des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen gilt entsprechend für Bedienstete des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen und Familienangehörige im Sinne des Artikels 24 Absatz 2 des Abkommens vom 10. November 1995.

Artikel 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem das in Artikel 1 genannte Abkommen nach seinem Artikel 5 Absatz 1 in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem das in Artikel 1 genannte Abkommen nach seinem Artikel 5 Absatz 3 außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 7. März 2013

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Dirk Niebel

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen
über das Büro des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen
in der Bundesrepublik Deutschland

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the United Nations World Food Programme
concerning the Office of the United Nations World Food Programme
in the Federal Republic of Germany

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen –

in der Erwägung, dass das Welternährungsprogramm (WEP) von den Vereinten Nationen aufgrund der Resolution 1/61 der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) vom 24. November 1961 und der Resolution 1714 (XVI) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 19. Dezember 1961 als gemeinsames Nebenorgan dieser beiden Organisationen gegründet wurde,

in der Erwägung, dass das WEP als das Nahrungsmittelhilfe-Programm der Vereinten Nationen einen wichtigen Beitrag zur Behebung der weltweiten Nahrungsmittelkrise und damit zur Bekämpfung des Hungers leistet,

in der Erwägung, dass die Bundesrepublik Deutschland besondere Anstrengungen zur Behebung der Hungerkrise unternimmt,

eingedenk des von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 13. Februar 1946 verabschiedeten Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen und des von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 21. November 1947 gebilligten Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, die beide auf das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen Anwendung finden und deren Vertragspartei die Bundesrepublik Deutschland ist,

in der Erwägung, dass nach dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen geschlossenen Abkommen über den Sitz des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen vom 10. November 1995 eine sinngemäße Anwendung dieses Abkommens auf mit den Vereinten Nationen institutionell verbundene zwischenstaatliche Einrichtungen und andere Büros der Vereinten Nationen vorgesehen ist,

in dem Wunsch, durch die Präsenz des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland dessen Möglichkeiten zur Pflege der politischen Beziehungen und zur Information der Bevölkerung im deutschsprachigen Raum zu verbessern und die Sichtbarkeit dieser internationalen Organisation in diesem Bereich zu fördern und andere entsprechende Aktivitäten gemäß ihrem Mandat zu verfolgen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Abkommens gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

The Government of the Federal Republic of Germany

and

the United Nations World Food Programme,

Whereas the United Nations World Food Programme (WFP) was established by the United Nations on the basis of Resolution 1/61 of the Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) of 24 November 1961 and Resolution 1714 (XVI) of the United Nations General Assembly of 19 December 1961 as a joint subsidiary organ of these two organizations;

Whereas the WFP as the United Nations food aid programme makes a key contribution towards resolving the global food crisis and thus also towards the fight against hunger,

Whereas the Federal Republic of Germany has undertaken special efforts to tackle the hunger crisis,

Aware of the Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations adopted by the United Nations General Assembly on 13 February 1946 and of the Convention on the Privileges and Immunities of the Specialized Agencies approved by the United Nations General Assembly on 21 November 1947, both of which apply to the United Nations World Food Programme and to both of which the Federal Republic of Germany is a Party,

Whereas the Agreement between the Federal Republic of Germany and the United Nations concerning the Headquarters of the United Nations Volunteers Programme of 10 November 1995 provides that it may be made applicable mutatis mutandis to other intergovernmental entities institutionally linked to the United Nations as well as other Offices of the United Nations,

Desiring through the presence of the United Nations World Food Programme in the Federal Republic of Germany to enhance its means of cultivating political relations and of providing information for people in the German-speaking world, foster the visibility of this international organization in this sphere, as well as to pursue other relevant activities pursuant to its mandate,

Have agreed as follows:

Article 1

Definitions

For the purpose of the present Agreement, the following definitions shall apply:

(1) „UNV-Sitzabkommen“ bezeichnet das am 10. November 1995 geschlossene Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinten Nationen über den Sitz des Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen und den Notenwechsel desselben Datums zwischen dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen und dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen über die Auslegung einzelner Bestimmungen des Abkommens.

(2) „Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen“ beziehungsweise die dafür gewählte Abkürzung „WEP“ bezeichnet eine zwischenstaatliche Organisation, die aufgrund der Resolution 1/61 der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) vom 24. November 1961 und der Resolution 1714 (XVI) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 19. Dezember 1961 als gemeinsames Nebenorgan dieser beiden Organisationen gegründet wurde.

(3) „Büro des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen“ beziehungsweise „WEP-Büro“ bezeichnet alle Räumlichkeiten und Einrichtungen, die vom Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland rechtmäßig genutzt werden.

(4) „Bedienstete des Büros des Welternährungsprogramms“ der Vereinten Nationen beziehungsweise „WEP-Büro-Bedienstete“ bezeichnet ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit alle Personen, die beim Büro des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen auf der Grundlage des Personalstatuts und der Personalordnung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen beschäftigt werden, mit Ausnahme der Ortskräfte, die nach Stunden bezahlt werden, wie in Resolution 76 (1) der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 7. Dezember 1946 vorgesehen.

Artikel 2

Zweck und Geltungsbereich des Abkommens

Dieses Abkommen regelt Angelegenheiten, die auf der Grundlage der entsprechenden Anwendung des UNV-Sitzabkommens mit der Niederlassung und ordnungsgemäßen Tätigkeit des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland zusammenhängen oder sich daraus ergeben.

Artikel 3

Anwendung des UNV-Sitzabkommens und begriffliche Anpassungen

(1) Das UNV-Sitzabkommen wird entsprechend seinem Artikel 4 Absatz 2 sinngemäß auf das Büro des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen in Berlin angewendet.

(2) Die folgenden im UNV-Abkommen erscheinenden Begriffe sind wie folgt zu verstehen:

1. „Vereinte Nationen“ sind als „Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen“ zu verstehen.
2. „Vertragsparteien“ sind als „die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und das Welternährungsprogramm“ zu verstehen.
3. „Generalsekretär“ ist als „Exekutivdirektor des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen“ zu verstehen.
4. „UNV“ beziehungsweise „das Programm“ ist als das Büro des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen zu verstehen.
5. „Sitzgelände“ ist als das Büro des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen wie in Artikel 1 Absatz 3 definiert zu verstehen.
6. „Exekutivkoordinator“ ist als der Leiter des Büros des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland zu verstehen.
7. „Vertreter der Mitglieder“ sind als die Vertreter der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und anderer Staaten, die

(1) „UNV Headquarters Agreement“ means the Agreement between the Federal Republic of Germany and the United Nations concerning the Headquarters of the United Nations Volunteer Programme concluded on 10 November 1995 and the Exchange of Notes of the same date between the Permanent Representative of the Federal Republic of Germany to the United Nations and the Administrator of the United Nations Development Programme concerning the interpretation of certain provisions of the Agreement.

(2) „United Nations World Food Programme“ or the chosen abbreviation „WFP“ means an international organization which was established on the basis of Resolution 1/61 of the Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) of 24 November 1961 and Resolution 1714 (XVI) of the United Nations General Assembly of 19 December 1961 as a joint subsidiary organ of these two organizations.

(3) „Office of the United Nations World Food Programme“ or the „WFP Office“ means all premises and facilities which the United Nations World Food Programme is entitled to use in the Federal Republic of Germany.

(4) „Officials of the Office of the United Nations World Food Programme“ or „WFP Office officials“ means all persons, irrespective of nationality, who are employed by the Office of the United Nations World Food Programme on the basis of the Staff Regulations and Rules of the Food and Agriculture Organization of the United Nations, with the exception of those who are locally recruited and assigned to hourly rates as provided for in United Nations General Assembly Resolution 76 (1) of 7 December 1946.

Article 2

Purpose and scope of the Agreement

This Agreement shall regulate matters which, on the basis of the application mutatis mutandis of the UNV Headquarters Agreement, relate to or arise out of the establishment and the proper functioning of the United Nations World Food Programme in the Federal Republic of Germany.

Article 3

Application of the UNV Headquarters Agreement and adjustment of terms

(1) Pursuant to its Article 4 (2), the UNV Headquarters Agreement shall apply mutatis mutandis to the Office of the United Nations World Food Programme in Berlin.

(2) The following terms from the UNV Agreement shall be read as follows:

1. „United Nations“ shall be read as the United Nations World Food Programme;
2. „the Parties“ shall be read as the Government of the Federal Republic of Germany and the World Food Programme;
3. „General-Secretary“ shall be read as the Executive Director of the United Nations World Food Programme;
4. „UNV“ or „the Programme“ shall be read as the Office of the United Nations World Food Programme;
5. „the Headquarters district“ shall be read as the Office of the United Nations World Food Programme as defined in Article 1 (3) above;
6. „the Executive Coordinator“ shall be read as the Head of the Office of the United Nations World Food Programme in the Federal Republic of Germany;
7. „the representatives of Members“ shall be read as the representatives of Member States of the United Nations and

sich am Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen beteiligen, zu verstehen.

8. „Bediensteter“, „Bedienstete des UNV“ und „Bedienstete des Programms“ sind als Bedienstete des Büros des Welternährungsprogramms zu verstehen.
9. „Sachverständige im Auftrag“ sind als Personen zu verstehen, die nicht WEP-Bedienstete sind, Aufträge für das Welternährungsprogramm durchführen und in den Geltungsbereich der Artikel VI und VII des am 13. Februar 1946 angenommenen Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen fallen.
10. Bonn ist als Berlin zu verstehen.

Artikel 4

Rechtsfähigkeit

(1) Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen, handelnd durch das WEP-Büro, besitzt im Gastland volle Rechtspersönlichkeit und Rechtsfähigkeit und kann insbesondere

1. Verträge schließen,
2. bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern und
3. vor Gericht stehen.

(2) Für die Zwecke dieses Artikels wird das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen durch den das WEP-Büro in der Bundesrepublik Deutschland leitenden WEP-Bediensteten vertreten.

Artikel 5

Schlussbestimmungen

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, der auf den Eingang der letzten der Notifikationen folgt, durch welche die Vertragsparteien einander die Erfüllung ihrer jeweiligen förmlichen Voraussetzungen mitgeteilt haben. Es wird gegebenenfalls vom Tag seiner Unterzeichnung an bis zur Erfüllung der in Satz 1 genannten förmlichen Voraussetzungen für sein Inkrafttreten vorläufig angewendet.

(2) Dieses Abkommen kann jederzeit auf Ersuchen einer Vertragspartei in gegenseitigem Einvernehmen geändert werden.

(3) Dieses Abkommen tritt zwölf Monate nach dem Tag außer Kraft, an dem eine der Vertragsparteien der anderen schriftlich anzeigt, das Abkommen beenden zu wollen. Das Abkommen bleibt jedoch für einen weiteren Zeitraum in Kraft, der gegebenenfalls für die ordnungsgemäße Abwicklung der Tätigkeit des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland und die Veräußerung seines dortigen Vermögens sowie für die Beilegung etwaiger Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien zu diesem Abkommen benötigt wird.

(4) Alle Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien, die sich aus diesem Abkommen ergeben oder mit ihm zusammenhängen, sind gemäß den in Artikel 26 (2) des UNV-Sitzabkommens dargelegten Verfahren beizulegen.

Geschehen zu Rom am 17. Mai 2011 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

of other States participating in the United Nations World Food Programme;

8. “Official”, “officials of the UNV” and “officials of the Programme” shall be read as the officials of the Office of the World Food Programme;
9. “experts on missions” shall be read as persons other than WFP officials undertaking missions for the World Food Programme and coming within the scope of Articles VI and VII of the Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations adopted on 13 February 1946;
10. Bonn shall be read as Berlin.

Article 4

Legal capacity

(1) The United Nations World Food Programme, acting through the WFP Office, shall possess in the host country full juridical personality and have the legal capacity in particular

1. to contract,
2. to acquire and dispose of movable and immovable property and
3. to be a party to legal proceedings.

(2) For the purpose of this Article, the United Nations World Food Programme shall be represented by the WFP official heading the WFP Office in the Federal Republic of Germany.

Article 5

Final provisions

(1) This Agreement shall enter into force on the day following the date of receipt of the last of the notifications by which the Parties will have informed each other of the completion of their respective formal requirements. It shall be provisionally applied as might be necessary from the date of its signature until the formal requirements for entry into force mentioned in the first sentence above have been fulfilled.

(2) This Agreement may be amended by mutual consent at any time at the request of either Party.

(3) This Agreement shall cease to be in force twelve months after either of the Parties gives notice in writing to the other of its intention to terminate the Agreement. This Agreement shall, however, remain in force for such an additional period as might be necessary for the orderly cessation of the activities of the United Nations World Food Programme in the Federal Republic of Germany and the disposition of its property therein, and the resolution of any disputes between the Parties to this Agreement.

(4) All disputes between the Parties arising out of or relating to this Agreement are to be settled in accordance with the procedure set out in Article 26 (2) of the UNV Headquarters Agreement.

Done at Rome on May 17th, 2011 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Friedrich-Carl Bruns

Für das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen
For the United Nations World Food Programme

Josette Sheeran

**Verordnung
zur Änderung der Anlage 1
des Übereinkommens vom 1. September 1970
über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel
und über die besonderen Beförderungsmittel,
die für diese Beförderungen zu verwenden sind
(Zehnte Verordnung zur Änderung des ATP-Übereinkommens)**

Vom 8. März 2013

Auf Grund des Artikels 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 20. Juli 1988 zur Änderung der Anlagen 1 und 3 des ATP-Übereinkommens (BGBl. 1988 II S. 630, 672), der durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Februar 2009 (BGBl. I S. 150) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Artikel 1

Die von den Vertragsparteien des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP) (BGBl. 1974 II S. 565, 566), das zuletzt gemäß der Notifikation vom 11. Februar 2011 geändert worden ist (BGBl. 2012 II S. 370, 371), gemäß dessen Artikel 18 angenommenen Änderungen der Anlage 1 Anhang 1, 2 und 3 A des ATP, die durch Notifikation des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom 23. Dezember 2011 übermittelt worden sind, und die mit Zirkularnote vom 28. November 2011 notifizierten Korrigenda des Artikels 2 des ATP und der Anlage 1 Anhang 3 A Nummer 6.1.1 und 6.1.2 werden hiermit in Kraft gesetzt. Die Änderungen einschließlich der Korrigenda werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Aufgrund der mit Notifikation des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom 28. November 2011 übermittelten Korrekturen ist die mit der Achten Verordnung zur Änderung des ATP-Übereinkommens (BGBl. 2010 II S. 646) vorgenommene Veröffentlichung der Neufassung der Anlage 1 des ATP wie folgt zu berichtigen:

In der amtlichen deutschen Übersetzung wird in Anlage 1 Anhang 3 A Nummer 6.1.1 und 6.1.2 das Wort „KRAFTSTOFF“ durch „KÄLTEMITTEL“ ersetzt.

(2) Aufgrund der mit Notifikation des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom 28. November 2011 übermittelten Korrekturen ist die nach dem Gesetz vom 26. April 1974 zu dem Übereinkommen vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP) (BGBl. 1974 II S. 565), vorgenommene Veröffentlichung des Übereinkommens wie folgt zu berichtigen:

In der amtlichen deutschen Übersetzung wird in Artikel 2 Satz 2 „Absatz 4“ durch „Absatz 3“ ersetzt.

Artikel 3

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung kann den Wortlaut des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP), in der vom Inkrafttreten der Änderungen vom 23. Dezember 2011 der Anlage 1 des ATP an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 4

- (1) Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem die in Artikel 1 genannten Änderungen für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft treten.
- (3) Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.
- (4) Der Tag, an dem die Änderungen vom 23. Dezember 2011 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 8. März 2013

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Peter Ramsauer

Auf der siebenundsechzigsten Tagung
angenommene Änderungsvorschläge des ATP-Übereinkommens

Proposed amendments
to the ATP adopted at the sixty-seventh session

Propositions d'amendements
à l'ATP adoptées à la soixante-septième session

(Übersetzung)

1. Annex 1, Appendix 2

Add a new section 8 as follows:

"8. Procedure for
Measuring the Capacity of
Mechanical Multi-Temperature
Refrigeration Units and Dimensioning
Multi-Compartment Equipment

8.1 Definitions

- (a) Multi-compartment equipment: Equipment with two or more insulated compartments for maintaining a different temperature in each compartment;
- (b) Multi-temperature mechanical refrigeration unit: Mechanical refrigeration unit with compressor and common suction inlet, condenser and two or more evaporators set at different temperatures in the various compartments of multi-compartment equipment;
- (c) Host unit: Refrigeration unit with or without an integral evaporator;
- (d) Unconditioned compartment: a compartment considered to have no evaporator or for which the evaporator is inactive for the purposes of dimensioning calculations and certification;
- (e) Multi-temperature operation: Operation of a multi-temperature mechanical refrigeration unit with two or more evaporators operating at different temperatures in multi-compartment equipment;

1. Annexe 1, Appendice 2

Ajouter une nouvelle section 8 pour lire comme suit:

«8. Procédure de
mesure de la puissance des groupes
frigorifiques multi-températures
mécaniques et de dimensionnement
des engins à compartiments multiples

8.1 Définitions

- a) Engin à compartiments multiples: engin comportant deux compartiments isothermes ou plus dont les températures sont différentes;
- b) Groupe frigorifique multi-températures: unité de réfrigération mécanique comportant un compresseur et un dispositif d'aspiration commun, un condensateur et deux évaporateurs ou plus pour la régulation de la température dans les différents compartiments d'un engin à compartiments multiples;
- c) Unité de condensation: groupe frigorifique équipé ou non d'un évaporateur intégral;
- d) Compartiment non conditionné: compartiment non pourvu d'évaporateur, ou pour lequel l'évaporateur a été mis hors service pour les besoins des calculs de dimensionnement ou d'une certification;
- e) Fonctionnement en mode multi-températures: fonctionnement d'un groupe frigorifique à multi-températures comportant deux évaporateurs ou plus fonctionnant à des températures différentes dans un engin à compartiments multiples;

1. Anlage 1 – Anhang 2

Hinzufügung eines neuen Abschnitts 8 mit folgendem Wortlaut:

„8. Messverfahren zur
Bestimmung der Leistungsfähigkeit
von Mehrtemperatur-Kältemaschinen
und Bemessung von Beförderungsmitteln mit mehreren Kammern

8.1 Begriffsbestimmungen

- a) Beförderungsmittel mit mehreren Kammern: Beförderungsmittel mit zwei oder mehr wärmegeprägten Kammern für jeweils unterschiedliche Temperaturen;
- b) Mehrtemperatur-Kältemaschine: Mechanische Kühleinheiten, bestehend aus einem gemeinsamen Verdichter und einem gemeinsamen Ansaugsystem, einem Verflüssiger und zwei oder mehr Verdampfern zur Einstellung unterschiedlicher Temperaturen in den verschiedenen Kammern eines Beförderungsmittels mit mehreren Kammern;
- c) Verflüssigereinheit: Kältemaschine mit oder ohne integriertem Verdampfer;
- d) Kammer, nicht Temperatur geführt: Kammer ohne Verdampfer oder deren Verdampfer zum Zwecke der Bemessung oder der Zertifizierung außer Betrieb gesetzt wurde;
- e) Mehrtemperatur-Betrieb: Betrieb einer Mehrtemperatur-Kältemaschine mit zwei oder mehr Verdampfern, die in einem Beförderungsmittel mit mehreren Kammern auf unterschiedliche Temperaturen eingestellt sind;

- (f) Nominal refrigerating capacity: Maximum refrigerating capacity of the refrigeration unit in mono-temperature operation with two or three evaporators operating simultaneously at the same temperature;
- (g) Individual refrigerating capacity ($P_{\text{ind-évap}}$): The maximum refrigerating capacity of each evaporator in solo operation with the host unit;
- (h) Effective refrigerating capacity ($P_{\text{eff-frozen-évap}}$): The refrigerating capacity available to the lowest temperature evaporator when two or more evaporators are each operating in multi-temperature mode, as prescribed in paragraph 8.3.5.
- f) Puissance frigorifique nominale: puissance frigorifique maximale du groupe frigorifique en mode de fonctionnement mono-température avec deux ou trois évaporateurs fonctionnant simultanément à la même température;
- g) Puissance frigorifique individuelle ($P_{\text{ind-évap}}$): puissance frigorifique maximale de chaque évaporateur lorsqu'il fonctionne seul avec l'unité de condensation;
- h) Puissance frigorifique utile ($P_{\text{utile évap congé}}$): puissance frigorifique disponible pour l'évaporateur à la température la plus basse lorsque deux évaporateurs ou plus fonctionnent chacun en mode multi-températures, comme cela est prescrit au paragraphe 8.3.5.
- f) Nennkälteleistung: Maximale Kälteleistung einer Kältemaschine bei Betrieb mit einer einheitlichen Temperatur mit zwei oder drei Verdampfern, die gleichzeitig auf die gleiche Temperatur eingestellt sind;
- g) Individuelle Kälteleistung ($P_{\text{ind-Verdampfer}}$): Maximale Kälteleistung jedes Verdampfers, wenn er allein mit der Verflüssigereinheit in Betrieb ist;
- h) Nutzbare Kälteleistung ($P_{\text{Nutz TK-Verdampfer}}$): Verfügbare Kälteleistung, die einem Verdampfer bei der niedrigsten Temperatur zur Verfügung steht, wenn zwei oder mehr Verdampfer mit jeweils unterschiedlichen Temperatureinstellungen gemäß Absatz 8.3.5 in Betrieb sind.

8.2 Test procedure for multi-temperature mechanical refrigeration units

8.2.1 General procedure

The test procedure shall be as defined in section 4 of this appendix.

The host unit shall be tested in combination with different evaporators. Each evaporator shall be tested on a separate calorimeter, if applicable.

The nominal refrigerating capacity of the host unit in mono-temperature operation, as prescribed in paragraph 8.2.2, shall be measured with a single combination of two or three evaporators including the smallest and largest.

The individual refrigerating capacity shall be measured for all evaporators, each in mono-temperature operation with the host unit, as prescribed in paragraph 8.2.3.

This test shall be conducted with two or three evaporators including the smallest, the largest and, if necessary, a mid-sized evaporator.

If the multi-temperature unit can be operated with more than two evaporators:

- The host unit shall be tested with a combination of three evaporators: the smallest, the largest and a mid-sized evaporator.
- In addition, on demand of the manufacturer, the host unit can be tested optionally with a combination of two evaporators: the largest and smallest.

The tests are done in independent mode and stand by.

8.2.2 Determination of the nominal refrigerating capacity of the host unit

The nominal refrigerating capacity of the host unit in mono-temperature operation shall be measured with a single combination of two or three evaporators operating simultaneously at the same temperature. This test shall be conducted at -20°C and at 0°C .

8.2 Procédure d'essai pour les groupes frigorifiques à multi-températures

8.2.1 Procédure générale

La procédure d'essai doit être conforme à celle qui est présentée à la section 4 du présent appendice.

L'unité de condensation doit être éprouvée avec différents évaporateurs. Chaque évaporateur doit être essayé dans un calorimètre distinct, le cas échéant.

La puissance frigorifique nominale de l'unité de condensation en mode de fonctionnement mono-température, comme indiqué au paragraphe 8.2.2, doit être mesurée en combinaison avec deux ou trois évaporateurs, dont le plus petit et le plus grand.

La puissance frigorifique individuelle doit être mesurée pour tous les évaporateurs, chacun fonctionnant en mode mono-température avec l'unité de condensation, comme prescrit au paragraphe 8.2.3.

L'essai doit être réalisé avec deux ou trois évaporateurs, y compris le plus petit, le plus grand et, si nécessaire, un évaporateur de taille intermédiaire.

Si le groupe multi-températures peut fonctionner avec plus de deux évaporateurs:

- L'unité de condensation doit être éprouvée en combinaison avec trois évaporateurs, à savoir le plus petit, le plus grand et un intermédiaire;
- En outre, à la demande du fabricant, l'unité de condensation peut être éprouvée en combinaison avec deux évaporateurs, à savoir le plus grand et le plus petit.

L'essai est réalisé en mode autonome et en mode secteur.

8.2.2 Mesure de la puissance frigorifique nominale de l'unité de condensation

La puissance frigorifique nominale de l'unité de condensation en mode de fonctionnement mono-température doit être mesurée en combinaison avec deux ou trois évaporateurs fonctionnant simultanément à la même température. L'essai doit être réalisé à -20°C et à 0°C .

8.2 Prüfverfahren für Mehrtemperatur-Kältemaschinen

8.2.1 Allgemeines Prüfverfahren

Das Prüfverfahren soll dem in Abschnitt 4 dieser Anlage beschriebenen Verfahren entsprechen.

Die Verflüssigereinheit soll mit verschiedenen Verdampfern geprüft werden. Jeder Verdampfer ist gegebenenfalls in einem gesonderten Kalorimeter zu prüfen.

Die Nennkälteleistung der Verflüssigereinheit im Einfachtemperatur-Betrieb ist gemäß Absatz 8.2.2 in Verbindung mit zwei oder drei Verdampfern zu prüfen, darunter mit dem kleinsten und mit dem größten Verdampfer.

Die individuelle Kälteleistung ist für alle Verdampfer zu bestimmen, wobei diese jeweils im Eintemperatur-Betrieb mit der Verflüssigereinheit, gemäß Absatz 8.2.3 betrieben werden.

Die Prüfung ist mit zwei oder drei Verdampfern, einschließlich des kleinsten, des größten und gegebenenfalls mit einem Verdampfer mittlerer Größe, durchzuführen.

Wenn die Mehrtemperatur-Kältemaschine mit mehr als zwei Verdampfern betrieben werden kann:

- so ist die Verflüssigereinheit in Verbindung mit drei Verdampfern, nämlich dem kleinsten, dem größten und einem Verdampfer mittlerer Größe zu prüfen;
- kann die Verflüssigereinheit darüber hinaus, auf Antrag des Herstellers, in Verbindung mit zwei Verdampfern, nämlich mit dem größten und dem kleinsten Verdampfer geprüft werden.

Die Prüfung erfolgt im autonomen Betrieb und im Netzanschlussbetrieb.

8.2.2 Bestimmung der Nennkälteleistung der Verflüssigereinheit

Die Nennkälteleistung der Verflüssigereinheit im Einfachtemperatur-Betrieb ist in Verbindung mit zwei oder drei Verdampfern, die gleichzeitig auf die gleiche Temperatur eingestellt sind, zu bestimmen. Die Prüfung ist bei -20°C und bei 0°C durchzuführen.

The air inlet temperature of the host unit shall be +30° C.

The nominal refrigerating capacity at -10° C shall be calculated by linear interpolation from the capacities at -20° C and 0° C.

8.2.3 Determination of the individual refrigerating capacity of each evaporator

The individual refrigerating capacity of each evaporator shall be measured in solo operation with the host unit. The test shall be conducted at -20° C and 0° C. The air inlet temperature of the refrigeration unit shall be +30° C.

The individual refrigerating capacity at -10° C shall be calculated by linear interpolation from the capacities at 0° C and -20° C.

8.2.4 Test of the remaining effective refrigerating capacities of a set of evaporators in multi-temperature operation at a reference heat load

The remaining effective refrigerating capacity shall be measured for each tested evaporator at -20° C with the other evaporator(s) operating under control of a thermostat set at 0° C with a reference heat load of 20% of the individual refrigerating capacity at -20° C of the evaporator in question. The air inlet temperature of the host unit shall be +30° C.

For multi-temperature refrigeration units with more than one compressor such as cascade systems or units with two-stage compression systems, where the refrigerating capacities can be simultaneously maintained in the frozen and chilled compartments, the measurement of the effective refrigerating capacity, shall be done at one additional heat load.

8.3 Dimensioning and certification of refrigerated multi-temperature equipment

8.3.1 General procedure

The refrigerating capacity demand of multi-temperature equipment shall be based on the refrigerating capacity demand of mono-temperature equipment as defined in this appendix.

For multi-compartment equipment, a K coefficient less than or equal to 0.40 W/m².K for the outer body as a whole shall be approved in accordance with subsections 2 to 2.2 of this appendix.

The insulation capacities of the outer body walls shall be calculated using the K coefficient of the body approved in accordance with this Agreement. The insulation capacities of the internal dividing walls shall be calculated using the K coefficients in the table in paragraph 8.3.7.

La température de l'air à l'entrée de l'unité de condensation doit être de +30° C.

La puissance frigorifique nominale à -10° C doit être calculée par interpolation linéaire des puissances à -20° C et à 0° C.

8.2.3 Mesure de la puissance frigorifique individuelle de chaque évaporateur

La puissance frigorifique individuelle de chaque évaporateur doit être mesurée lorsque l'évaporateur fonctionne seul avec l'unité de condensation. L'essai doit être réalisé à -20° C et à 0° C. La température de l'air à l'entrée du groupe frigorifique doit être de +30° C.

La puissance frigorifique individuelle à -10° C doit être calculée par interpolation linéaire des puissances à 0° C et à -20° C.

8.2.4 Mesure de la puissance frigorifique utile restante d'un ensemble d'évaporateurs en mode de fonctionnement multi-températures, compte tenu d'une charge thermique de référence

La puissance frigorifique utile restante doit être mesurée pour chaque évaporateur testé à -20° C, le ou les autres évaporateurs fonctionnant en régime thermostaté à 0° C avec une charge thermique de référence correspondant à 20 % de la puissance frigorifique individuelle à -20° C de l'évaporateur concerné. La température de l'air à l'entrée de l'unité de condensation doit être de +30° C.

En ce qui concerne les groupes frigorifiques multi-températures comportant plus d'un compresseur, tels que les systèmes en cascade ou les systèmes équipés d'un compresseur à deux étages, avec lesquels les puissances frigorifiques peuvent être maintenues simultanément dans les compartiments de congélation et de réfrigération, la mesure de la puissance frigorifique utile doit s'effectuer en appliquant une charge thermique supplémentaire.

8.3 Dimensionnement et certification des engins frigorifiques à multi-températures

8.3.1 Procédure générale

La demande de puissance frigorifique des engins à multi-températures doit être fondée sur celle des engins à mono-température, telle qu'elle est définie dans le présent appendice.

En ce qui concerne les engins à compartiments multiples, un coefficient K inférieur ou égal à 0,40 W/m².K pour tout l'extérieur de la caisse doit être approuvé conformément aux dispositions des paragraphes 2 à 2.2 du présent appendice.

Les capacités d'isolation des panneaux extérieurs de la caisse doivent être calculées à l'aide du coefficient K de la caisse, approuvé conformément aux dispositions du présent Accord. Les capacités d'isolation des cloisons internes doivent être calculées à l'aide des coefficients K indiqués dans le tableau présenté au paragraphe 8.3.7.

Die Lufttemperatur beim Eintritt in die Verflüssigereinheit soll +30° C betragen.

Die Nennkälteleistung bei -10° C ist durch lineare Interpolation der Leistungen bei -20° C und bei 0° C zu berechnen.

8.2.3 Bestimmung der individuellen Kälteleistung der einzelnen Verdampfer

Die individuelle Kälteleistung jedes Verdampfers ist zu bestimmen, indem der jeweilige Verdampfer allein mit der Verflüssigereinheit betrieben wird. Die Prüfung ist bei -20° C und bei 0° C durchzuführen. Die Lufttemperatur bei Eintritt in die Kältemaschine soll +30° C betragen.

Die individuelle Kälteleistung bei -10° C ist durch lineare Interpolation der Leistungen bei -20° C und bei 0° C zu berechnen.

8.2.4 Bestimmung der verbleibenden Nutzkälteleistung einer Kombination von Verdampfern im Mehrtemperatur-Betrieb unter Berücksichtigung einer Referenzheizlast

Die verbleibende Nutzkälteleistung ist für jeden geprüften Verdampfer bei -20° C zu bestimmen, wobei die anderen Verdampfer auf eine Temperatur von 0° C einzustellen sind und eine Referenzheizleistung, die 20 % der individuellen Kälteleistung des betreffenden Verdampfers bei -20° C entspricht, vorzusehen ist. Die Lufttemperatur beim Eintritt in die Verflüssigereinheit soll +30° C betragen.

Bei Mehrtemperatur-Kältemaschinen mit mehr als einer Verflüssigereinheit, wie beispielsweise bei Kaskadenmaschinen oder Systemen mit einem zweistufigen Verdichter, mit denen gleichzeitig Kälteleistungen sowohl in den Tiefkühlkammern als auch in den Kühlkammern aufrechterhalten werden können, ist bei der Bestimmung der Nutzkälteleistung eine zusätzliche Heizlast anzuwenden.

8.3 Bemessung und Zertifizierung von Beförderungsmitteln mit Mehrtemperatur-Kältemaschinen

8.3.1 Allgemeines Prüfverfahren

Die geforderte Kälteleistung der Beförderungsmittel mit Mehrtemperatur-Kältemaschinen soll sich an der in diesem Anhang definierten Kälteleistung von Beförderungsmitteln mit Eintemperatur-Kältemaschinen orientieren.

Bei Beförderungsmitteln mit mehreren Kammern ist gemäß den Bestimmungen der Absätze 2 bis 2.2 dieses Anhangs für die gesamte äußere Hülle des Kastens ein k-Wert von 0,40 W/m².K oder darunter nachzuweisen.

Die Leistungsfähigkeit der Wärmedämmung der Außenflächen des Kastens ist mit Hilfe des k-Wertes des Kastens, der gemäß den Bestimmungen dieses Übereinkommens zu ermitteln ist, zu berechnen. Die Leistungsfähigkeit der Wärmedämmung der inneren Trennwände ist mit Hilfe der k-Werte der in Absatz 8.3.7 enthaltenen Tabelle zu berechnen.

For issuance of an ATP certificate:

- The nominal refrigerating capacity of the multi-temperature refrigeration unit shall be at least equal to the heat loss through the internal dividing and outer body walls of the equipment as a whole multiplied by the factor 1.75 as specified in paragraph 3.2.6 of this appendix.
- In each compartment, the calculated remaining effective refrigerating capacity at the lowest temperature of each evaporator in multi-temperature operation shall be greater than or equal to the maximum refrigeration demand of the compartment in the most unfavourable conditions, as prescribed in paragraphs 8.3.5 and 8.3.6, multiplied by the factor 1.75 as specified in paragraph 3.2.6 of this appendix.

8.3.2 Conformity of the entire body

The outer body shall have a K value $K \leq 0.40 \text{ W/m}^2\cdot\text{K}$.

The internal surface of the body shall not vary by more than 20%.

The equipment shall conform to:

$$P_{\text{nominal}} > 1.75 \cdot K_{\text{body}} \cdot S_{\text{body}} \cdot \Delta T$$

Where:

- P_{nominal} is the nominal refrigerating capacity of the multi-temperature refrigeration unit,
- K_{body} is the K value of the outer body,
- S_{body} is the internal surface of the full body,
- ΔT is the difference in temperature between outside and inside the body.

8.3.3 Determination of the refrigerating demand of chilled evaporators

With the bulkheads in given positions, the refrigerating capacity demand of each chilled evaporator is calculated as follows:

$$P_{\text{chilled demand}} = (S_{\text{chilled-comp}} - \sum S_{\text{bulk}}) \cdot K_{\text{body}} \cdot \Delta T_{\text{ext}} + \sum (S_{\text{bulk}} \cdot K_{\text{bulk}} \cdot \Delta T_{\text{int}})$$

Where:

- K_{body} is the K value given by an ATP test report for the outer body,
- $S_{\text{chilled-comp}}$ is the surface of the chilled compartment for the given positions of the bulkheads,
- S_{bulk} are the surfaces of the bulkheads,
- K_{bulk} are the K values of the bulkheads given by the table in paragraph 8.3.7,

Aux fins de la délivrance d'un certificat ATP:

- La puissance frigorifique nominale du groupe frigorifique multi-températures doit être au moins égale à la déperdition thermique par les cloisons internes et les panneaux extérieurs de la caisse de l'engin multipliée par 1,75, comme indiqué au paragraphe 3.2.6 du présent appendice;
- Dans chaque compartiment, la puissance frigorifique utile restante à la température la plus basse de chaque évaporateur en mode de fonctionnement à multi-températures, telle que calculée, doit être supérieure ou égale à la demande de réfrigération maximale du compartiment dans les conditions les plus défavorables, comme prescrit aux paragraphes 8.3.5 et 8.3.6, multipliée par 1,75, comme indiqué au paragraphe 3.2.6 du présent appendice.

8.3.2 Conformité de la caisse dans son ensemble

Pour l'extérieur de la caisse, le coefficient K doit être inférieur ou égal à $0,40 \text{ W/m}^2\cdot\text{K}$.

La surface intérieure de la caisse ne doit pas varier de plus de 20 %.

L'engin doit satisfaire à la prescription suivante:

$$P_{\text{nominale}} > 1,75 \cdot K_{\text{caisse}} \cdot S_{\text{caisse}} \cdot \Delta T$$

Où:

- P_{nominale} est la puissance frigorifique nominale du groupe frigorifique multi-températures;
- K_{caisse} est le coefficient K de l'extérieur de la caisse;
- S_{caisse} est la surface intérieure de la caisse;
- ΔT est l'écart de température entre l'extérieur et l'intérieur de la caisse.

8.3.3 Mesure de la demande de réfrigération des évaporateurs réfrigération

Les cloisons internes étant placées dans des positions déterminées, la demande de réfrigération de chaque évaporateur réfrigération est calculée comme suit:

$$P_{\text{demande réfrig}} = (S_{\text{comp réfrig}} - \sum S_{\text{cloison}}) \cdot K_{\text{caisse}} \cdot \Delta T_{\text{ext}} + \sum (S_{\text{cloison}} \cdot K_{\text{cloison}} \cdot \Delta T_{\text{int}})$$

Où:

- K_{caisse} est le coefficient K figurant sur un procès-verbal d'essai ATP pour l'extérieur de la caisse;
- $S_{\text{comp réfrig}}$ est la surface du compartiment de réfrigération compte tenu des positions convenues pour les cloisons;
- S_{cloison} représente les surfaces des cloisons;
- K_{cloison} représente les coefficients K des cloisons, indiqués dans le tableau présenté au paragraphe 8.3.7;

Für die Erteilung einer ATP-Bescheinigung gilt:

- Die Nennkälteleistung der Mehrtemperatur-Kältemaschine beträgt gemäß Absatz 3.2.6 dieser Anlage mindestens das 1,75-Fache des Wärmedurchgangs durch die inneren Trennwände und die Außenflächen des Kastens des Beförderungsmittels.
- In jeder Kammer entspricht die berechnete verbleibende effektive Kälteleistung bei der tiefsten Betriebstemperatur jedes Verdampfers im Mehrtemperatur-Betrieb gemäß den Bestimmungen des Absatzes 3.2.6 dieser Anlage mindestens dem 1,75-Fachen des maximalen Kühlbedarfs der Kammer unter ungünstigsten, in den Absätzen 8.3.5 und 8.3.6 beschriebenen Bedingungen.

8.3.2 Übereinstimmung des Kastens als Ganzes mit den ATP-Bestimmungen

Der k-Wert der Außenfläche des Kastens darf höchstens den Wert $0,40 \text{ W/m}^2\cdot\text{K}$ betragen.

Die Innenfläche des Kastens darf eine Abweichung von maximal 20 % aufweisen.

Das Beförderungsmittel muss der folgenden Bestimmung genügen:

$$P_{\text{Nenn}} > 1,75 \cdot K_{\text{Kasten}} \cdot S_{\text{Kasten}} \cdot \Delta T$$

wobei:

- P_{Nenn} die Nennkälteleistung der Mehrtemperatur-Kältemaschine ist;
- K_{Kasten} der k-Wert der Außenfläche des Kastens ist;
- S_{Kasten} die Innenfläche des Kastens ist;
- ΔT der Temperaturunterschied zwischen der Temperatur im Inneren des Kastens und der Temperatur außerhalb des Kastens ist.

8.3.3 Bestimmung des Kältebedarfs der Kühlungsverdampfer

Bei gegebenen Positionen der inneren Trennwände bestimmt sich der Kältebedarf jedes einzelnen Kühlungsverdampfers wie folgt:

$$P_{\text{Kühlbedarf}} = (S_{\text{Kühlkammer}} - \sum S_{\text{Trennwand}}) \cdot K_{\text{Kasten}} \cdot \Delta T_{\text{außen}} + \sum (S_{\text{Trennwand}} \cdot K_{\text{Trennwand}} \cdot \Delta T_{\text{innen}})$$

wobei:

- K_{Kasten} der im ATP-Prüfbericht genannte k-Wert der äußeren Hülle des Kastens ist;
- $S_{\text{Kühlkammer}}$ die Fläche der Kühlkammer unter Berücksichtigung der vereinbarten Positionen der Trennwände ist;
- $S_{\text{Trennwand}}$ für die Flächen der Trennwände steht;
- $K_{\text{Trennwand}}$ für die k-Werte der Trennwände gemäß der Tabelle aus Absatz 8.3.7 steht;

- ΔT_{ext} is the difference in temperatures between the chilled compartment and +30° C outside the body,
- ΔT_{int} is the difference in temperatures between the chilled compartment and other compartments. For unconditioned compartments a temperature of +20° C shall be used for calculations.

8.3.4 Determination of the refrigerating demand of frozen compartments

With the bulkheads in given positions, the refrigerating capacity demand of each frozen compartment is calculated as follows:

$$P_{\text{frozen demand}} = (S_{\text{frozen-comp}} - \sum S_{\text{bulk}}) \cdot K_{\text{body}} \cdot \Delta T_{\text{ext}} + \sum (S_{\text{bulk}} \cdot K_{\text{bulk}} \cdot \Delta T_{\text{int}})$$

Where:

- K_{body} is the K value given by an ATP test report for the outer body,
- $S_{\text{frozen-comp}}$ is the surface of the frozen compartment for the given positions of the bulkheads,
- S_{bulk} are the surfaces of the bulkheads,
- K_{bulk} are the K values of the bulkheads given by the table in paragraph 8.3.7,
- ΔT_{ext} is the difference in temperatures between the frozen compartment and +30° C outside the body,
- ΔT_{int} is the difference in temperatures between the frozen compartment and other compartments. For insulated compartments a temperature of +20° C shall be used for calculations.

8.3.5 Determination of the effective refrigerating capacity of frozen evaporators

The effective refrigerating capacity, in given positions of the bulkheads, is calculated as follows:

$$P_{\text{eff-frozen-evap}} = P_{\text{ind-frozen-evap}} \cdot \left[\frac{1 - \sum (P_{\text{eff-chilled-evap}} / P_{\text{ind-chilled-evap}})}{1} \right]$$

Where:

- $P_{\text{eff-frozen-evap}}$ is the effective refrigerating capacity of the frozen evaporator with a given configuration,
- $P_{\text{ind-frozen-evap}}$ is the individual refrigeration capacity of the frozen evaporator at -20° C,
- $P_{\text{eff-chilled-evap}}$ is the effective refrigeration capacity of each chilled evaporator in the given configuration as defined in paragraph 8.3.6,
- $P_{\text{ind-chilled-evap}}$ is the individual refrigerating capacity at -20° C for each chilled evaporator.

This calculation method is only approved for multi-temperature mechanical refrigera-

- ΔT_{ext} est l'écart de température entre le compartiment de réfrigération et l'extérieur de la caisse (+30 °C);
- ΔT_{int} est l'écart de température entre le compartiment de réfrigération et d'autres compartiments. Pour les compartiments non conditionnés, une température de +20 °C doit être maintenue aux fins des calculs.

8.3.4 Mesure de la demande de réfrigération des compartiments de congélation

Les cloisons internes étant placées dans des positions déterminées, la demande de réfrigération de chaque compartiment de congélation est calculée comme suit:

$$P_{\text{demande congelé}} = (S_{\text{comp congelé}} - \sum S_{\text{cloison}}) \cdot K_{\text{caisse}} \cdot \Delta T_{\text{ext}} + \sum (S_{\text{cloison}} \cdot K_{\text{cloison}} \cdot \Delta T_{\text{int}})$$

Où:

- K_{caisse} est le coefficient K figurant sur un procès-verbal d'essai ATP pour l'extérieur de la caisse;
- $S_{\text{comp congelé}}$ est la surface du compartiment de congélation compte tenu des positions convenues pour les cloisons;
- S_{cloison} représente les surfaces des cloisons;
- K_{cloison} représente les coefficients K des cloisons, indiqués dans le tableau présenté au paragraphe 8.3.7;
- ΔT_{ext} est l'écart de température entre le compartiment de congélation et l'extérieur de la caisse (+30 °C);
- ΔT_{int} est l'écart de température entre le compartiment de congélation et d'autres compartiments. Pour les compartiments non conditionnés, une température de +20 °C doit être maintenue aux fins des calculs.

8.3.5 Mesure de la puissance frigorifique utile des évaporateurs congélation

Les cloisons internes étant placées dans des positions déterminées, la puissance frigorifique utile est calculée comme suit:

$$P_{\text{utile évap congelé}} = P_{\text{ind évap congelé}} \cdot \left[\frac{1 - \sum (P_{\text{utile évap réfrig}} / P_{\text{ind évap réfrig}})}{1} \right]$$

Où:

- $P_{\text{utile évap congelé}}$ est la puissance frigorifique utile de l'évaporateur congélation dans une configuration donnée;
- $P_{\text{ind évap congelé}}$ est la puissance frigorifique individuelle de l'évaporateur congélation à -20 °C;
- $P_{\text{utile évap réfrig}}$ est la puissance frigorifique utile de chaque évaporateur réfrigération dans la configuration donnée, définie au paragraphe 8.3.6;
- $P_{\text{ind évap réfrig}}$ est la puissance frigorifique individuelle à -20 °C pour chaque évaporateur réfrigération.

Cette méthode de calcul est approuvée uniquement pour les groupes frigorifiques à

- $\Delta T_{\text{außen}}$ der Temperaturunterschied zwischen der Kühlkammer und der Temperatur außerhalb des Kastens (+30 °C) ist;
- ΔT_{innen} der Temperaturunterschied zwischen der Kühlkammer und den anderen Kammern ist. Für Kammern, die nicht temperaturgeführt sind, ist für die Berechnung eine konstante Temperatur von +20 °C anzunehmen.

8.3.4 Bestimmung des Kältebedarfs der Tiefkühlverdampfer

Bei gegebenen Positionen der inneren Trennwände bestimmt sich der Kältebedarf jeder einzelnen Tiefkühlkammer wie folgt:

$$P_{\text{TKbedarf}} = (S_{\text{TKkammer}} - \sum S_{\text{Trennwand}}) \cdot K_{\text{Kasten}} \cdot \Delta T_{\text{außen}} + \sum (S_{\text{Trennwand}} \cdot K_{\text{Trennwand}} \cdot \Delta T_{\text{innen}})$$

wobei:

- K_{Kasten} der im ATP-Prüfbericht genannte k-Wert der Außenfläche des Kastens ist;
- S_{TKkammer} die Fläche der Tiefkühlkammer unter Berücksichtigung der vereinbarten Positionen der Trennwände ist;
- $S_{\text{Trennwand}}$ für die Flächen der Trennwände steht;
- $K_{\text{Trennwand}}$ für die k-Werte der Trennwände gemäß der Tabelle aus Absatz 8.3.7 steht;
- $\Delta T_{\text{außen}}$ der Temperaturunterschied zwischen der Tiefkühlkammer und der Temperatur außerhalb des Kastens (+30 °C) ist;
- ΔT_{innen} der Temperaturunterschied zwischen der Tiefkühlkammer und den anderen Kammern ist. Für Kammern, die nicht temperaturgeführt sind, ist für die Berechnung eine konstante Temperatur von +20 °C anzunehmen.

8.3.5 Bestimmung der Nutzkälteleistung der Tiefkühlverdampfer

Bei gegebenen Positionen der inneren Trennwände bestimmt sich die Nutzkälteleistung wie folgt:

$$P_{\text{Nutz TK-Verdampfer}} = P_{\text{ind TK-Verdampfer}} \cdot \left[\frac{1 - \sum (P_{\text{Nutz Kühl-Verdampfer}} / P_{\text{ind Kühl-Verdampfer}})}{1} \right]$$

wobei:

- $P_{\text{Nutz TK-Verdampfer}}$ die nutzbare Kälteleistung des Tiefkühlverdampfers in einer gegebenen Konstellation ist;
- $P_{\text{ind TK-Verdampfer}}$ die individuelle Kälteleistung des Tiefkühlverdampfers bei -20 °C ist;
- $P_{\text{Nutz Kühl-Verdampfer}}$ die nutzbare Kälteleistung jedes Kühlungsverdampfers in der gegebenen Konstellation entsprechend der Definition in Absatz 8.3.6 ist;
- $P_{\text{ind Kühl-Verdampfer}}$ die individuelle Kälteleistung jedes Kühlungsverdampfers bei -20 °C ist.

Diese Berechnungsmethode ist ausschließlich für Mehrtemperatur-Kältemaschinen mit

tion units with a single one-stage compressor. For multi-temperature refrigeration units with more than one compressor such as cascade systems or units with two-stage compression systems, where the refrigerating capacities can be simultaneously maintained in the frozen and the chilled compartments, this calculation method shall not be used, because it will lead to an underestimation of the effective refrigerating capacities. For this equipment, the effective refrigerating capacities shall be interpolated between the effective refrigerating capacities measured with two different heat loads given in the tests reports as prescribed in 8.2.4.

8.3.6 Conformity declaration

The equipment is declared in conformity in multi-temperature operation if, for each position of the bulkheads, and each distribution of temperature in the compartments:

$$P_{\text{eff-frozen-evap}} \geq 1,75 \cdot P_{\text{frozen demand}}$$

$$P_{\text{eff-chilled-evap}} \geq 1,75 \cdot P_{\text{chilled demand}}$$

Where:

- $P_{\text{eff-frozen-evap}}$ is the effective refrigeration capacity of the considered frozen evaporator at the class temperature of the compartment in the given configuration,
- $P_{\text{eff-chilled-evap}}$ is the effective refrigeration capacity of the considered chilled evaporator at the class temperature of the compartment in the given configuration,
- $P_{\text{frozen demand}}$ is the refrigerating demand of the considered compartment at the class temperature of the compartment in the given configuration as calculated according to 8.3.4,
- $P_{\text{chilled demand}}$ is the refrigerating demand of the considered compartment at the class temperature of the compartment in the given configuration as calculated according to 8.3.3.

It shall be considered that all the positions of the bulkheads have been dimensioned if the wall positions from the smallest to the largest compartment sizes are checked by iterative methods whereby no input step change in surface area is greater than 20%.

8.3.7 Internal dividing walls

Thermal losses through internal dividing walls shall be calculated using the K coefficients in the following table.

multi-températures équipés d'un seul compresseur à un étage. En ce qui concerne les groupes frigorifiques multi-températures comportant plus d'un compresseur, tels que les systèmes en cascade ou les systèmes équipés d'un compresseur à deux étages, avec lesquels les puissances frigorifiques peuvent être maintenues simultanément dans les compartiments de congélation et de réfrigération, cette méthode ne doit pas être appliquée, car elle produirait une sous-estimation des puissances frigorifiques utiles. Pour les engins de ce type, les puissances frigorifiques utiles doivent être interpolées sur la base des puissances frigorifiques utiles mesurées avec deux charges thermiques différentes fournies dans les procès-verbaux d'essai, comme prescrit au 8.2.4.

8.3.6 Déclaration de conformité

L'engin est déclaré conforme en mode de fonctionnement multi-températures si pour chaque position des cloisons internes et chaque distribution des températures dans les compartiments:

$$P_{\text{utile évap congél}} \geq 1,75 \cdot P_{\text{demande congél}}$$

$$P_{\text{utile évap réfrig}} \geq 1,75 \cdot P_{\text{demande réfrig}}$$

Où:

- $P_{\text{utile évap congél}}$ est la puissance frigorifique utile de l'évaporateur congélation considéré à la température de classe du compartiment dans la configuration donnée;
- $P_{\text{utile évap réfrig}}$ est la puissance frigorifique utile de l'évaporateur réfrigération considéré à la température de classe du compartiment dans la configuration donnée;
- $P_{\text{demande congél}}$ est la demande de réfrigération du compartiment considéré à la température de classe dudit compartiment, dans la configuration donnée telle que calculée conformément aux dispositions du 8.3.4;
- $P_{\text{demande réfrig}}$ est la demande de réfrigération du compartiment considéré à la température de classe dudit compartiment, dans la configuration donnée telle que calculée conformément aux dispositions du 8.3.3.

Il est admis que toutes les positions des cloisons ont été dimensionnées lorsqu'on a procédé aux vérifications successives des positions depuis la plus petite taille de compartiment jusqu'à la plus grande, en veillant à ne pas dépasser à chaque fois 20 % de la surface.

8.3.7 Cloisons internes

Les déperditions thermiques par les cloisons internes doivent être calculées à l'aide des coefficients K du tableau ci-après.

einem einzigen, einstufigen Verdichter zugelassen. Bei Mehrtemperatur-Kältemaschinen mit mehr als einem Verdichter, wie beispielsweise bei Kaskadenkältemaschinen oder Systemen mit einem zweistufigen Verdichter, mit denen gleichzeitig Kälteleistungen sowohl in den Tiefkühlkammern als auch in den Kühlkammern aufrechterhalten werden können, ist diese Berechnungsmethode nicht anzuwenden, da sie die nutzbare Kälteleistung unterschätzen würde. Für Beförderungsmittel dieser Art sind die nutzbaren Kälteleistungen ausgehend von den im Prüfbericht genannten und gemäß Absatz 8.2.4 mit verschiedenen Heizlasten gemessenen nutzbaren Kälteleistungen zu interpolieren.

8.3.6 Erklärung der Übereinstimmung mit den ATP-Bestimmungen

Die Übereinstimmung eines Beförderungsmittels mit den Bestimmungen für den Mehrtemperatur-Betrieb kann bescheinigt werden, wenn für alle Positionen der inneren Trennwände und für jede Temperaturverteilung zwischen den Kammern Folgendes gilt:

$$P_{\text{Nutz TK-Verdampfer}} \geq 1,75 \cdot P_{\text{TK-Bedarf}}$$

$$P_{\text{Nutz Kühl-Verdampfer}} \geq 1,75 \cdot P_{\text{Kühl-Bedarf}}$$

wobei:

- $P_{\text{Nutz TK-Verdampfer}}$ die nutzbare Kälteleistung des Tiefkühlverdampfers bei einer der Klassifizierung der Kammer entsprechenden Temperatur in der gegebenen Konfiguration ist;
- $P_{\text{Nutz Kühl-Verdampfer}}$ die nutzbare Kälteleistung des Kühlungsverdampfers bei einer der Klassifizierung der Kammer entsprechenden Temperatur in der gegebenen Konfiguration ist;
- $P_{\text{TK-Bedarf}}$ der Kühlbedarf einer Kammer bei einer der Klassifizierung der Kammer entsprechenden Temperatur in der gegebenen Konfiguration entsprechend der Berechnung nach den Bestimmungen des Absatzes 8.3.4 ist.
- $P_{\text{Kühl-Bedarf}}$ der Kühlbedarf einer Kammer bei einer der Klassifizierung der Kammer entsprechenden Temperatur in der gegebenen Konfiguration entsprechend der Berechnung nach den Bestimmungen des Absatzes 8.3.3 ist.

Es wird angenommen, dass alle möglichen Trennwandpositionen bemessen wurden, wenn nacheinander alle Positionen von der kleinsten Kammergröße bis zur größten Kammergröße geprüft wurden, wobei jeweils darauf zu achten ist, dass eine Fläche von 20 % nicht überschritten wird.

8.3.7 Trennwände (innen)

Der Wärmedurchgang durch die inneren Trennwände ist mit den k-Werten der nachstehenden Tabelle zu berechnen.

	<i>K coefficient – [W/m².K]</i>		<i>Minimum foam thickness</i>
	<i>Fixed</i>	<i>Removable</i>	<i>[mm]</i>
Longitudinal – alu floor	2.0	3.0	25
Longitudinal – GRP floor	1.5	2.0	25
Transversal – alu floor	2.0	3.2	40
Transversal – GRP floor	1.5	2.6	40

	<i>Coefficient K – [W/m².K]</i>		<i>Épaisseur minimale de la mousse</i>
	<i>Fixe</i>	<i>Mobile</i>	<i>[mm]</i>
Longitudinale – plancher alu.	2,0	3,0	25
Longitudinale – plancher comp. verre-résine	1,5	2,0	25
Transversale – plancher alu.	2,0	3,2	40
Transversale – plancher comp. verre-résine	1,5	2,6	40

	<i>k-Wert – [W/m².K]</i>		<i>Mindestdicke des Schaums</i>
	<i>Fest</i>	<i>Beweglich</i>	<i>[mm]</i>
Längsrichtung – Alubeplankung (Boden)	2,0	3,0	25
Längsrichtung – Verbundbeplankung Glas-Harz (Boden)	1,5	2,0	25
Querrichtung – Alubeplankung (Boden)	2,0	3,2	40
Querrichtung – Verbundbeplankung Glas-Harz (Boden)	1,5	2,6	40

K coefficients of movable dividing walls include a safety margin for specific ageing and unavoidable thermal leakages.

For specific designs with additional heat transfer caused by additional thermal bridges compared to a standard design, the partition K coefficient shall be increased.

8.3.8 The requirements of section 8 shall not apply to equipment produced before the entry into force of the requirements and having undergone equivalent tests as multi-temperature equipment. Equipment produced before the entry into force of this section may be operated in international transport but may only be transferred from one country to another with the agreement of the competent authorities of the countries concerned."

2. Annex 1, Appendix 1, paragraph 3

Add the following text at the end:

"For a batch of identical serially produced insulated equipment (containers) having an internal volume of less than 2 m³, a certificate of compliance for the batch may be issued by the competent authority. In such cases the identification numbers of all the insulated equipment, or the first and the last identification numbers of the series, shall be indicated on the certificate of compliance instead of the serial number of each individual unit. In that case, the insulated equip-

Pour le coefficient K des cloisons internes mobiles, il est tenu compte d'une marge de sécurité en raison du vieillissement et des inévitables déperditions thermiques.

S'agissant des conceptions particulières pour lesquelles il existe une transmission thermique supérieure due à un plus grand nombre de ponts thermiques par rapport à une conception standard, il convient d'augmenter le coefficient K de la cloison.

8.3.8 Les dispositions de la présente section 8 ne s'appliquent pas aux engins en service avant l'entrée en vigueur de la présente section et ayant passé des essais équivalents en tant qu'engin multi-température. Les équipements multi-températures produits avant la date d'entrée en vigueur des présentes dispositions peuvent être exploités pour le transport international mais leur transfert d'un pays à un autre n'est possible qu'avec l'accord des autorités compétentes des pays concernés.».

2. Annexe 1, appendice 1, paragraphe 3

Ajouter le texte ci-dessous à la fin:

«Dans le cas d'un lot d'engins (conteneurs) isothermes identiques produits en série et dont le volume interne est inférieur à 2 m³, l'autorité compétente peut délivrer un certificat de conformité pour la totalité du lot, et les numéros d'identification de tous les engins isothermes, ou au moins le premier et le dernier numéro, doivent figurer sur le certificat de conformité en lieu et place des numéros de série. En outre, les engins isothermes figurant sur le certificat doivent

Der k-Wert für bewegliche Trennwände enthält eine Sicherheitsmarge zur Berücksichtigung der Alterung und der unvermeidbaren Wärmeverluste.

Bei besonderen Konfigurationen, bei denen es zu einer höheren Wärmeübertragung aufgrund einer größeren Anzahl von Wärmebrücken gegenüber der Standardausführung kommt, ist der k-Wert für die Trennwand zu erhöhen.

8.3.8 Die Bestimmungen des Abschnittes 8 gelten nicht für Beförderungsmittel, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abschnitts bereits in Betrieb sind und die vergleichbaren Prüfungen als Mehrtemperatur-Beförderungsmittel unterzogen wurden. Die Mehrtemperatur-Ausrüstungen, die vor dem Inkrafttreten der vorliegenden Bestimmungen hergestellt wurden, können für grenzüberschreitende Beförderungen eingesetzt werden, jedoch ist ihre Verbringung von einem Land in ein anderes nur mit Zustimmung der Behörden der betroffenen Länder möglich."

2. Anlage 1, Anhang 1, Absatz 3

Hinzufügen des folgenden Wortlauts am Ende des Textes:

„Für den Fall, dass eine Gruppe von identischen Beförderungsmitteln (Containern) mit Wärmedämmung in Serie hergestellt wird, deren Innenraumvolumen geringer als 2 m³ ist, kann die zuständige Behörde die Anerkennung des Typs für die gesamte Gruppe erteilen. Die Identifikationsnummern aller Beförderungsmittel mit Wärmedämmung, zumindest die erste und die letzte Nummer sind auf der Bescheinigung über die Anerkennung des Typs anstelle der Seriennum-

ment listed in that certificate shall be fitted with a certification plate of compliance as described in Annex 1, Appendix 3 B issued by the competent authority.

In the case of transfer of this insulated equipment (containers) to another country which is a Contracting Party to this Agreement in order to be registered or recorded there, the competent authority of the country of the new registration or recording may provide an individual certificate of compliance based on the original certificate of compliance established for the whole batch.”

3. Annex 1, Appendix 3 A Model form of certificate of compliance of equipment

Insert a new footnote after item 3 “Insulated box serial number” as follows:

“15) All the serial numbers of insulated equipment (containers) having an internal volume of less than 2m³ shall be listed. It is also acceptable to collectively list these numbers, i.e. from number ... to number ...”.

porter une plaque de conformité conforme à celle qui est décrite à l’appendice 3 B de l’annexe 1, délivrée par l’autorité compétente.

En cas de transfert de ces engins (conteneurs) isothermes dans un autre pays qui est Partie contractante au présent Accord, aux fins d’enregistrement, l’autorité compétente du pays où les engins sont nouvellement enregistrés peut délivrer un certificat individuel de conformité fondé sur le certificat de conformité initial délivré pour l’ensemble du lot.».

3. Annexe 1, appendice 3 A, modèle de la formule du certificat de conformité de l’engin

Insérer une note de bas de page après le point 3 «Numéro de série de la caisse isotherme», libellée comme suit:

«15) Les numéros de série de tous les engins (conteneurs) isothermes dont le volume intérieur est inférieur à 2 m³ doivent être indiqués. On peut aussi tout simplement indiquer qu’ils vont de tel numéro à tel numéro.».

mer zu vermerken. Darüber hinaus sind die Beförderungsmittel mit Wärmedämmung mit einem von der zuständigen Behörde ausgegebenen Zulassungsschild, das den Bestimmungen aus Anlage 1, Anhang 3 B entspricht, zu kennzeichnen.

Für den Fall, dass diese Beförderungsmittel (Container) mit Wärmedämmung in ein anderes Land, das ebenfalls Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, verbracht werden, um dort registriert zu werden, kann die zuständige Behörde des Landes, in dem die Beförderungsmittel neu registriert werden, eine individuelle Bescheinigung der Anerkennung des Typs auf der Grundlage der ursprünglichen Anerkennung des Typs, die für eine ganze Gruppe von Beförderungsmitteln erging, erteilen.“

3. Anlage 1, Anhang 3 A, Muster über die Übereinstimmungen der Beförderungsmittel mit den Normen des ATP

Einfügen einer Fußnote nach Punkt 3 „Seriennummer des wärmegeämmten Kastens“ mit folgendem Wortlaut:

„15) Die Seriennummern aller Beförderungsmittel (Container) mit Wärmedämmung, deren Innenraumvolumen weniger als 2 m³ beträgt, sind anzugeben. Es ist ausreichend anzugeben, dass es sich um die Nummern x bis y handelt.“

**Agreement
on the International Carriage
of Perishable Foodstuffs
and on the Special Equipment
to be Used for such Carriage (ATP)**

**Accord
relatif aux transports
internationaux
de denrées périssables
et aux engins spéciaux
à utiliser pour ces transports (ATP)**

**Übereinkommen
über internationale Beförderungen
leicht verderblicher Lebensmittel
und über die besonderen
Beförderungsmittel,
die für diese Beförderungen
zu verwenden sind (ATP)**

(Übersetzung)

Corrigendum

Rectificatif

Korrigendum

1. Article 2

For paragraph 4 read paragraph 3

**2. Annex 1, Appendix 3 A, 6.1.1 and 6.1.2
in the model form of certificate of
compliance**

For FUEL read REFRIGERANT

1. Article 2

Au lieu de paragraphe 4 lire para-
graphe 3

**2. Points 6.1.1 et 6.1.2 du modèle de la
formule d'attestation de conformité
de l'engin reproduit à l'appendice 3 A
de l'annexe 1**

Au lieu de CARBURANT lire
FRIGORIGÈNE

1. Artikel 2

Ersetze „Absatz 4“ durch „Absatz 3“

**2. Anlage 1, Anhang 3 A, 6.1.1 und 6.1.2
in dem Muster einer Bescheinigung
über die Übereinstimmung mit den
Normen des ATP**

Ersetze „KRAFTSTOFF“ durch
„KÄLTEMITTEL“

**Dreiundzwanzigste Verordnung
zur Änderung der Anlagen A und B zum ADR-Übereinkommen
(23. ADR-Änderungsverordnung – 23. ADRÄndV)**

Vom 8. März 2013

Auf Grund des Artikels 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 18. August 1969 zu dem Europäischen Übereinkommen vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) (BGBl. 1969 II S. 1489), der zuletzt durch Artikel 293 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Artikel 1

Die in Genf vom 6. bis 8. November 2012 im Annex II des Dokuments ECE/TRANS/WP.15/217 beschlossenen Änderungen zu den Anlagen A und B zu dem Europäischen Übereinkommen vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) in der Fassung der Bekanntmachung der Anlagen A und B vom 25. November 2010 (BGBl. 2010 II S. 1412; 2011 II S. 1246; 2012 II S. 954) werden hiermit in Kraft gesetzt. Die Änderungen werden mit einer amtlichen deutschen Übersetzung nachfolgend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung kann den Wortlaut der Anlagen A und B des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) in der vom 1. Januar 2013 an geltenden Fassung bekannt machen.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2013 in Kraft.

Berlin, den 8. März 2013

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Peter Ramsauer

ECE/TRANS/WP.15/217**Annexe II****Corrections aux annexes A et B de l'ADR telles que modifiées par les amendements entrés en vigueur le 1 janvier 2013 (notification dépositaire C.N.566.2012.Treaties-XI.B.14)**

2.2.62.1.5.7, deuxième phrase: Au lieu de «6.6.5» lire «6.6.4».

Justification: Référence croisée non appropriée.

(Document de référence: document informel INF.7/Rev.1)

4.1.4.1, P114(a), sous «Emballages extérieurs», «Fûts»:

Après «en un autre métal (1N1, 1N2)» insérer «en contre-plaqué (1D)».

Justification: «en contre-plaqué (1D)» a été supprimé par erreur.

(Document de référence: document informel INF.7/Rev.1)

4.1.4.1, P903, paragraphe 2), alinéas a) et b):

Substituer au texte existant:

«a) Emballages extérieurs robustes;

b) Enveloppes de protection (par exemple harasses complètement fermées ou harasses en bois); ou

c) Palettes ou autres dispositifs de manutention.».

Justification: Les alinéas a) et b) ont été regroupés par erreur.

(Document de référence: document informel INF.7/Rev.1)

9.7.8.2 et 9.7.8.3, note de bas de page 2: Supprimer «50015».

Justification: Amendement de conséquence de l'amendement au 9.2.2.5.1 qui a été oublié.

(Document de référence: document informel INF.7/Rev.1)

(Übersetzung)

Korrekturen zu den Anlagen A und B des ADR in der durch die am 1. Januar 2013 in Kraft getretenen Änderungen geänderten Fassung (Notifizierung des Depositors C.N.566.2012.TREATIES-XI.B.14)

2.2.62.1.5.7, im zweiten Satz

„6.6.5“ ändern in „6.6.4“.

Begründung: Nicht zutreffender Querverweis.

4.1.4.1, P 114a, unter „Außenverpackungen“, „Fässer“ nach „aus einem anderen Metall (1N1, 1N2)“

Folgende Eintragung einfügen:

„aus Sperrholz (1D)“.

Begründung: „aus Sperrholz (1D)“ wurde irrtümlicherweise gestrichen.

4.1.4.1, P 903, Absatz (2), Unterabsätze a) und b)

Den bestehenden Text ersetzen:

„a) widerstandsfähige Außenverpackungen;

b) Schutzumschließungen (z. B. vollständig geschlossene Verschlüge oder Lattenverschlüge aus Holz) oder

c) Paletten oder andere Handhabungseinrichtungen.“

Begründung: Der Inhalt der Unterabsätze a) und b) wurde falsch gruppiert.

5.4.1.2.1 a) Fußnote 4)

„Inhalt explosiver Stoffe“ ändern in „Inhalt an Explosivstoff“.

Begründung: Fehler in der deutschen Übersetzung.

6.8.2.5.2 linke Spalte

„Tankcontainer“ ändern in „Tankfahrzeug“.

Begründung: Fehler in der deutschen Übersetzung.

9.7.8.2 und 9.7.8.3, Fußnote 17)

Streichen „50015“.

Begründung: Fehlende Folgeänderung im Zusammenhang mit der Änderung in Absatz 9.2.2.5.1.

**Bekanntmachung
des deutsch-bangladeschischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 18. Januar 2013

Das in Dhaka am 7. November 2012 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch über Finanzielle Zusammenarbeit 2011 (Vorhaben „Klimaanpassung durch Flutschutz“) ist nach seinem Artikel 5

am 7. November 2012

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 18. Januar 2013

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Thomas Helfen

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch über Finanzielle Zusammenarbeit 2011

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Volksrepublik Bangladesch –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bangladesch,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Volksrepublik Bangladesch beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Zusagenote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland vom 27. Oktober 2011

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Volksrepublik Bangladesch oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt bis zu 10 975 000 Euro für das Vorhaben „Klimaanpassung durch Flutschutz“ zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Die Zusage der in Absatz 1 genannten Beträge entfällt ersatzlos, sofern die entsprechenden Finanzierungsverträge nicht so rechtzeitig geschlossen worden sind, dass die Mittel bis zum 31. Dezember 2017 von der KfW zur Verfügung gestellt werden können.

(3) Sollte das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben nicht oder nur teilweise durchgeführt werden, kann es im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bangladesch durch ein oder mehrere andere Vorhaben ersetzt werden. Als Hauptziel muss ebenfalls die Unterstützung bei der Anpassung an den Klimawandel verfolgt werden. Absatz 2 findet auch in diesem Fall Anwendung.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Volksrepublik Bangladesch zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Volksrepublik Bangladesch, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Volksrepublik Bangladesch stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Volksrepublik Bangladesch erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Volksrepublik Bangladesch überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Dhaka am 7. November 2012 in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Albrecht Conze

Für die Regierung der Volksrepublik Bangladesch
Iqbal Mahmood

**Bekanntmachung
zur Europäischen Sozialcharta**

Vom 30. Januar 2013

Zur Europäischen Sozialcharta vom 18. Oktober 1961 (BGBl. 1964 II S. 1261, 1262; 2001 II S. 496, 497), die zuletzt in ihrem Artikel 25 Absatz 1 durch Entscheidung des Komitees der Ministerbeauftragten des Europarats geändert worden ist (BGBl. 2001 II S. 970, 971), hat Österreich* dem Generalsekretär des Europarats am 3. Juni 2011 eine Erklärung in englischer Sprache zu den Artikeln 8 und 15 der Charta notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 20. April 2011 (BGBl. II S. 619).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu dieser Charta, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar.

Berlin, den 30. Januar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 150 der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Arbeitsverwaltung: Rolle, Aufgaben, Aufbau**

Vom 30. Januar 2013

Das Übereinkommen Nr. 150 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 26. Juni 1978 über die Arbeitsverwaltung: Rolle, Aufgaben, Aufbau (BGBl. 1980 II S. 1254, 1255) ist nach seinem Artikel 12 Absatz 3 für

Belgien am 21. Oktober 2012
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. September 2010 (BGBl. II S. 1129).

Berlin, den 30. Januar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Pascal Hector

**Bekanntmachung
der deutsch-ecuadorianischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 31. Januar 2013

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 24. August 2009/28. Dezember 2009 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ecuador über Finanzielle Zusammenarbeit („Nationales Schutzgebietesystem“) ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 28. Dezember 2009

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 31. Januar 2013

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Paul Garaycochea

Der Geschäftsträger a.i.
der Bundesrepublik Deutschland

Quito, den 24. August 2009

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 9. und 10. Juni 2008 in Berlin, auf das Protokoll der Regierungskonsultationen vom 30. August 2006 in Quito, auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 16. und 17. November 2004 in Quito sowie auf die Zusage der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der Republik Ecuador vom 13. Dezember 2006 (Verbalnote Nr. 51779 vom 13. Dezember 2006) folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Ecuador oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main, nicht rückzahlbare Finanzierungsbeiträge von insgesamt bis zu 20 500 000,- EUR (in Worten: zwanzig Millionen fünfhunderttausend Euro) für das Vorhaben „Nationales Schutzgebietesystem“ („Sistema Nacional de Áreas Protegidas“) zu erhalten:
 - a. bis zu 2 500 000,- EUR (in Worten: zwei Millionen fünfhunderttausend Euro) aus der Zusage des Jahres 2004 für die Zusammenarbeit im Rahmen des „Plan Binacional“ („Cooperación con el Plan Binacional“), die, wie im Protokoll der Regierungskonsultationen vom 30. August 2006, Punkt 3.1.5, vereinbart, umprogrammiert werden;
 - b. bis zu 7 000 000,- EUR (in Worten: sieben Millionen Euro) aus der Zusage des Jahres 2006;
 - c. bis zu 11 000 000,- EUR (in Worten: elf Millionen Euro) aus der Zusage des Jahres 2008,

wenn nach Prüfung seine Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass es als Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur, als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe, als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines nicht rückzahlbaren Finanzierungsbeitrages erfüllt.

2. Kann bei dem in Nummer 1 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Ecuador, von der KfW für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.
3. Das in Nummer 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ecuador durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird es durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur, als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe, als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt, so kann ein nicht rückzahlbarer Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen, gewährt werden.
4. Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Ecuador zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Nummer 1 genannten Vorhabens oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Nummer 1 genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet diese Vereinbarung Anwendung.
5. Die Verwendung der in Nummer 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Vereinbarungen, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Nummer 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechende Finanzierungsvereinbarung geschlossen wurde. Für den Betrag aus Nummer 1 Buchstabe a endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2012, für den Betrag aus Nummer 1 Buchstabe b endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2014, für den Betrag aus Nummer 1 Buchstabe c endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2016.
6. Die Regierung der Republik Ecuador, soweit sie nicht Empfänger des Finanzierungsbeitrages ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Nummer 5 zu schließenden Finanzierungsvereinbarung entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.
7. Die Regierung der Republik Ecuador stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Nummer 5 erwähnten Vereinbarungen in der Republik Ecuador erhoben werden.
8. Die Regierung der Republik Ecuador überlässt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.
9. Diese Vereinbarung wird in deutscher und spanischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Ecuador mit den unter den Nummern 1 bis 9 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Ihrer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Raymond Dequin

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Ecuador
Herrn Fander Falconí Benítez
Quito

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens der Vereinten Nationen
gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen**

Vom 4. Februar 2013

I.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (BGBl. 1993 II S. 1136, 1137) ist nach seinem Artikel 29 Absatz 2 für

Niue am 14. Oktober 2012
in Kraft getreten.

II.

China* hat am 30. November 2012 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Übereinkommens eine Erklärung nach Artikel 6 des Übereinkommens abgegeben.

Myanmar* hat am 17. September 2012 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Übereinkommens eine Erklärung zu den Artikeln 6 und 32 des Übereinkommens abgegeben.

Thailand* hat am 12. Juni 2012 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Übereinkommens eine Erklärung nach den Artikeln 6, 7 Absatz 8 und Artikel 17 Absatz 7 des Übereinkommens abgegeben.

Trinidad und Tobago* hat am 24. Januar 2013 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Übereinkommens eine Erklärung nach den Artikeln 6, 7 und 17 des Übereinkommens abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. Juli 2012 (BGBl. II S. 939).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 4. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über den Schutz und die Förderung
der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen**

Vom 4. Februar 2013

Das Übereinkommen vom 20. Oktober 2005 über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (BGBl. 2007 II S. 234, 235) ist nach seinem Artikel 29 Absatz 1 für

Afghanistan	am	30. Juni 2009
Angola	am	7. Mai 2012
Australien	am	18. Dezember 2009
Barbados	am	2. Januar 2009
Bosnien und Herzegowina	am	27. April 2009
Costa Rica	am	15. Juni 2011
Dominikanische Republik	am	24. Dezember 2009
Gambia	am	26. August 2011
Grenada	am	15. April 2009
Guyana	am	14. März 2010
Haiti	am	8. Mai 2010
Honduras	am	30. November 2010
Indonesien	am	12. April 2012
Katar	am	21. Juli 2009
Kongo	am	22. Januar 2009
Kongo, Demokratische Republik	am	28. Dezember 2010
Korea, Republik	am	1. Juli 2010
Lesotho	am	18. Mai 2010
Malawi	am	16. Juni 2010
Nicaragua	am	5. Juni 2009
Niederlande	am	9. Januar 2010
Ruanda	am	16. Oktober 2012
Serbien	am	2. Oktober 2009
St. Vincent und die Grenadinen	am	25. Dezember 2009
Swasiland	am	30. Januar 2013
Tansania, Vereinigte Republik	am	18. Januar 2012
Trinidad und Tobago	am	26. Oktober 2010
Tschechische Republik	am	12. November 2010
Ukraine	am	10. Juni 2010

Vereinigte Arabische Emirate* am 6. September 2012
 nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Er-
 klärung zu Artikel 25 Absatz 4 des Übereinkommens

Zentralafrikanische Republik am 11. August 2012

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom
 19. Juli 2011 (BGBl. II S. 822).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden
 im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf
 der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 4. Februar 2013

Auswärtiges Amt
 Im Auftrag
 Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
 über den Geltungsbereich des Übereinkommens
 über die Internationale Organisation für mobile Satellitenkommunikation**

Vom 4. Februar 2013

Das Übereinkommen vom 3. September 1976 über die Internationale Organi-
 sation für mobile Satellitenkommunikation (BGBl. 1979 II S. 1081, 1082; 2001 II
 S. 1267, 1268) ist nach seinem Artikel 17 Absatz 3 für

Mongolei	am 28. September 2011
Niederlande, karibischer Teil (Bonaire, Saba, St. Eustatius)	am 10. Oktober 2010
Curaçao	am 10. Oktober 2010
St. Martin (niederländischer Teil)	am 10. Oktober 2010
Palau	am 29. September 2011

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom
 26. Mai 2011 (BGBl. II S. 680).

Berlin, den 4. Februar 2013

Auswärtiges Amt
 Im Auftrag
 Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über den Straßenverkehr**

Vom 4. Februar 2013

Das Übereinkommen vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr (BGBl. 1977 II S. 809, 811) wird nach seinem Artikel 47 Absatz 2 für die

Türkei* am 22. Januar 2014
nach Maßgabe eines bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 22. Januar
2013 abgegebenen Vorbehalts zu Artikel 52 des Übereinkommens

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. Juli 2012 (BGBl. II S. 749).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 4. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über Internationale Ausstellungen**

Vom 4. Februar 2013

Das Abkommen vom 22. November 1928 über Internationale Ausstellungen in der Fassung des Protokolls vom 30. November 1972 (BGBl. 1974 II S. 273, 274) ist nach seinem Artikel 35 für

China	am 19. Juni 1993
Malaysia	am 18. Mai 1995
Philippinen	am 13. August 1993
Slowakei	am 12. August 1993
Südafrika	am 1. Oktober 1993
Thailand	am 30. April 1993

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Dezember 1988 (BGBl. 1989 II S. 22).

Berlin, den 4. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen**

Vom 4. Februar 2013

Das Internationale Übereinkommen vom 13. April 2005 zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen (BGBl. 2007 II S. 1586, 1587) ist nach seinem Artikel 25 Absatz 2 für

Malta* am 26. Oktober 2012
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 26. September 2012 abgegebenen Erklärung zu Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens

Nigeria* am 25. Oktober 2012
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 25. September 2012 abgegebenen Erklärung zu Artikel 7 Absatz 4 und Artikel 9 Absatz 3 des Internationalen Übereinkommens

St. Lucia* am 12. Dezember 2012
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 12. November 2012 abgegebenen Erklärung zu Artikel 23 Absatz 2 des Internationalen Übereinkommens

Türkei* am 24. Oktober 2012
nach Maßgabe einer bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 24. September 2012 abgegebenen Erklärung zu Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 23 Absatz 1 und 2 des Internationalen Übereinkommens

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. April 2012 (BGBl. II S. 517).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 4. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens von 1974
zum Schutz des menschlichen Lebens auf See**

Vom 4. Februar 2013

I.

Das Internationale Übereinkommen von 1974 vom 1. November 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 1998 II S. 2579, Anlageband zum BGBl. 1998 II Nr. 40) ist nach seinem Artikel X Buchstabe b für

Costa Rica	am	6. September 2011
nach Maßgabe einer unter II. abgedruckten Erklärung		
Niederlande, karibischer Teil (Bonaire, Saba, St. Eustatius)	am	10. Oktober 2010
Curaçao	am	10. Oktober 2010
St. Martin (niederländischer Teil)	am	10. Oktober 2010
Niue	am	27. September 2012
Palau	am	29. Dezember 2011

in Kraft getreten.

II.

Costa Rica hat am 6. Juni 2011 gegenüber dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation als Verwahrer des Internationalen Übereinkommens die folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

“Article 3 of the act approving accession to this Convention establishes that ‘It is the interpretation of the Government of the Republic of Costa Rica, in relation to article VIII of the International Convention for the Safety of Life at Sea, 1974, that the amendments mentioned shall enter into force for the country once they have been approved by the Legislative Assembly and ratified by the executive authority.’”

„Artikel 3 des Zustimmungsgesetzes zum Beitritt zu dem genannten Übereinkommen legt fest, dass, nach Auslegung der Regierung der Republik Costa Rica in Bezug auf Artikel VIII des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See die dort erwähnten Änderungen für den Staat in Kraft treten, sobald sie von der Gesetz gebenden Versammlung angenommen und von der Exekutive ratifiziert wurden.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. Januar 2011 (BGBl. II S. 389).

Berlin, den 4. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen**

Vom 4. Februar 2013

Das Abkommen vom 19. Juni 1948 über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen (BGBl. 1959 II S. 129, 130) ist nach seinem Artikel XXI Absatz 3 für

Niederlande, karibischer Teil (Bonaire, Saba, St. Eustatius)	am 10. Oktober 2010
Curaçao	am 10. Oktober 2010
St. Martin (niederländischer Teil)	am 10. Oktober 2010
Nigeria	am 8. August 2002

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. November 2007 (BGBl. II S. 1933).

Berlin, den 4. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt**

Vom 4. Februar 2013

Das Übereinkommen vom 23. November 1972 zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt (BGBl. 1977 II S. 213, 215) ist nach seinem Artikel 33 für

Äquatorialguinea	am 10. Juni 2010
Brunei Darussalam	am 12. November 2011
Cookinseln	am 16. April 2009
Singapur	am 19. September 2012

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. April 2008 (BGBl. II S. 281).

Berlin, den 4. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die vorübergehende Verwendung**

Vom 4. Februar 2013

Das Übereinkommen vom 26. Juni 1990 über die vorübergehende Verwendung (BGBl. 1993 II S. 2214, 2215) ist nach seinem Artikel 26 Absatz 2 für

Albanien am 28. August 2009
mit allen Anlagen in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 24. September 2001 (BGBl. II S. 1115).

Berlin, den 4. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
der deutsch-philippinischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 4. Februar 2013

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 20. Juli 2012/7. November 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik der Philippinen (Vorhaben „Komunalentwicklung und Konfliktreduzierung in Mindanao“) über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 7. November 2012

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 4. Februar 2013

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Kathrin Oellers

Der Geschäftsträger a. i.
der Bundesrepublik Deutschland

Manila, den 20. Juli 2012

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf die Regierungsgespräche vom 15. November 2011 sowie auf die Abkommen vom 3. Mai 1994, 15. Februar 1996 und 25. April 2001 sowie vom 12. März 2010 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Das in Artikel 1 Absatz 1 des zwischen unseren beiden Regierungen geschlossenen Abkommens vom 15. Februar 1996 genannte Vorhaben „Sektorbezogenes Programm Strom II“ wird mit einem Betrag von 2 479 806,76 Euro (in Worten: zwei Millionen vierhundertneunundsiebzigtausendachthundertsechs Euro und sechsundsiebzig Cent) reprogrammiert und zusätzlich für das im Abkommen vom 12. März 2010 unter Nummer 1 erwähnte Vorhaben „Kommunalentwicklung und Konfliktreduzierung in Mindanao“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.
2. Das in Artikel 1 Absatz 1 des zwischen unseren beiden Regierungen geschlossenen Abkommens vom 25. April 2001 genannte Vorhaben „Philippinische Handelsmarine-Akademie“ wird mit einem Betrag von 80 000 Euro (in Worten: achtzigtausend Euro) reprogrammiert und zusätzlich für das im Abkommen vom 12. März 2010 unter Nummer 1 erwähnte Vorhaben „Kommunalentwicklung und Konfliktreduzierung in Mindanao“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist. Diese Mittel entstammen Artikel 1 Absatz 1 des Abkommens vom 3. Mai 1994.
3. Das in Artikel 1 Absatz 1 des zwischen unseren beiden Regierungen geschlossenen Abkommens vom 25. April 2001 genannte Vorhaben „Berufliche Bildung“ wird mit einem Betrag von 560 000 Euro (in Worten: fünfhundertsechzigtausend Euro) reprogrammiert und zusätzlich für das im Abkommen vom 12. März 2010 unter Nummer 1 erwähnte Vorhaben „Kommunalentwicklung und Konfliktreduzierung in Mindanao“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist. Diese Mittel entstammen Artikel 1 Absatz 1 des Abkommens vom 3. Mai 1994.
4. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der eingangs erwähnten Abkommen vom 15. Februar 1996, 3. Mai 1994 und 25. April 2001 auch für diese Vereinbarung.
5. Diese Vereinbarung wird in deutscher und englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik der Philippinen mit den unter Nummern 1 bis 5 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

gez. Ralph Timmermann

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik der Philippinen
Herrn Albert F. del Rosario
Manila

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls
zum Übereinkommen der Vereinten Nationen
über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

Vom 5. Februar 2013

Das Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BGBl. 2008 II S. 1419, 1453) ist nach seinem Artikel 13 Absatz 2 für

Afghanistan	am	18. Oktober 2012
Benin	am	4. August 2012
Dschibuti	am	18. Juli 2012
Dominica	am	31. Oktober 2012
Estland	am	29. Juni 2012
Ghana	am	30. August 2012
Malta	am	9. November 2012
Mauretanien	am	3. Mai 2012
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am	28. Januar 2012
Swasiland	am	24. Oktober 2012

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. September 2012 (BGBl. II S. 1033).

Berlin, den 5. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Schaffung des internationalen Systems und
der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK“**

Vom 5. Februar 2013

Das Abkommen vom 15. November 1971 über die Schaffung des internationalen Systems und der Organisation für kosmische Fernmeldeverbindungen „INTERSPUTNIK“ in der durch das Protokoll vom 30. November 1996 über die Einbringung von Korrekturen in das Abkommen geänderten Fassung (BGBl. 1998 II S. 2346, 2356) ist nach seinem Artikel 19 Absatz 3 für

Somalia am 20. Januar 2012
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 31. März 2003 (BGBl. II S. 441).

Berlin, den 5. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 115 der Internationalen Arbeitsorganisation
über den Schutz der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen**

Vom 5. Februar 2013

Das Übereinkommen Nr. 115 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 22. Juni 1960 über den Schutz der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen (BGBl. 1973 II S. 933, 934) ist nach seinem Artikel 17 Absatz 3 für

Korea, Republik am 7. November 2012
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Februar 2011 (BGBl. II S. 335).

Berlin, den 5. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

Vom 5. Februar 2013

I.

Das Übereinkommen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BGBl. 2008 II S. 1419, 1420) ist nach seinem Artikel 45 Absatz 2 für

Dominica	am 31. Oktober 2012
Europäische Union*	am 22. Januar 2011 nach Maßgabe von Erklärungen zu Artikel 44 Absatz 1 und eines Vorbehalts zu seiner regionalen Anwendung
Ghana	am 30. August 2012
Israel*	am 28. Oktober 2012 nach Maßgabe eines Vorbehalts zu Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe a
Kambodscha	am 19. Januar 2013
Liberia	am 25. August 2012
Malta*	am 9. November 2012 nach Maßgabe einer Anwendungserklärung zu Artikel 25 sowie Vorbehalten zu Artikel 29 Buchstabe a Ziffer i und iii
Polen	am 25. Oktober 2012 nach Maßgabe eines Vorbehalts zu Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 25 Buchstabe a und einer Auslegungserklärung zu Artikel 12
Russische Föderation	am 25. Oktober 2012

in Kraft getreten.

II.

Die Slowakei* hat am 4. November 2012 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer einen Einspruch gegen eine Vorbehaltserklärung des Iran eingelegt.

Die Slowakei* hat am 28. September 2012 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer einen Einspruch gegen eine Vorbehaltserklärung Thailands eingelegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. November 2012 (BGBl. 2013 II S. 33).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter <http://treaties.un.org> einsehbar.

Berlin, den 5. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Übereinkommens zur Gründung
des Globalen Treuhandfonds für Nutzpflanzenvielfalt**

Vom 6. Februar 2013

Nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 15. August 2012 zu dem Übereinkommen vom 4. Oktober 2003 zur Gründung des Globalen Treuhandfonds für Nutzpflanzenvielfalt (BGBl. 2012 II S. 896, 897) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen nach seinem Artikel 4 Absatz 2 für die

Bundesrepublik Deutschland am 11. Dezember 2012
in Kraft getreten ist.

Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 11. Dezember 2012 beim Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in Rom hinterlegt worden.

Ferner ist das Übereinkommen nach seinem Artikel 5 für

Ägypten	am	21. Oktober 2004
Äthiopien	am	21. Oktober 2004
Ecuador	am	21. Oktober 2004
Jordanien	am	21. Oktober 2004
Kambodscha	am	6. Mai 2005
Kamerun	am	14. Februar 2005
Kap Verde	am	21. Oktober 2004
Kolumbien	am	21. Oktober 2004
Mali	am	21. Oktober 2004
Marokko	am	21. Oktober 2004
Mauritius	am	24. November 2004
Pakistan	am	23. Mai 2005
Rumänien	am	22. Juni 2005
Samoa	am	21. Oktober 2004
Schweden	am	21. Oktober 2004
Serbien	am	24. November 2004

in Kraft getreten.

Weiterhin ist das Übereinkommen nach seinem Artikel 4 Absatz 2 für

Australien	am	22. September 2006
Ghana	am	6. September 2006
Indien	am	9. Januar 2007
Schweiz	am	29. Oktober 2007
Slowakei	am	28. Mai 2010

in Kraft getreten.

Berlin, den 6. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Türkei
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern
vom Einkommen**

Vom 8. Februar 2013

Nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 24. Mai 2012 zu dem Abkommen vom 19. September 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen (BGBl. 2012 II S. 526, 527) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 30 Absatz 2

am 1. August 2012

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 8. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Spanien
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Vom 8. Februar 2013

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 16. Januar 2012 zu dem Abkommen vom 3. Februar 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Spanien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (BGBl. 2012 II S. 18, 19) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 30 Absatz 2

am 18. Oktober 2012

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 8. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-slowenischen Protokolls
zur Änderung des Abkommens vom 3. Mai 2006
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Vom 11. Februar 2013

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 4. März 2012 zu dem Protokoll vom 17. Mai 2011 zur Änderung des Abkommens vom 3. Mai 2006 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Slowenien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (BGBl. 2012 II S. 154, 155) wird bekannt gemacht, dass das Protokoll nach seinem Artikel III Absatz 2

am 30. Juli 2012

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 11. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-bermudischen Abkommens
über den Auskunftsaustausch in Steuersachen**

Vom 11. Februar 2013

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 8. November 2012 zu dem Abkommen vom 3. Juli 2009 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Bermuda über den Auskunftsaustausch in Steuersachen (BGBl. 2012 II S. 1306, 1307) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 12 Absatz 1

am 6. Dezember 2012

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 11. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-mauritischen Abkommens
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen**

Vom 11. Februar 2013

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 2. Oktober 2012 zu dem Abkommen vom 7. Oktober 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mauritius zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen (BGBl. 2012 II S. 1050, 1051) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 32 Absatz 2

am 7. Dezember 2012

in Kraft getreten ist.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, dass nach Artikel 32 Absatz 3 dieses Abkommens das Abkommen vom 15. März 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Mauritius zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Förderung des Handels und der Investitionstätigkeit zwischen den beiden Staaten (BGBl. 1980 II S. 1261, 1262) mit Ablauf des 6. Dezember 2012 außer Kraft getreten ist.

Berlin, den 11. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-irischen Abkommens
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Vom 11. Februar 2013

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 1. November 2011 zu dem Abkommen vom 30. März 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Irland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (BGBl. 2011 II S. 1042, 1043) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 32 Absatz 2

am 28. November 2012

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 11. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-liechtensteinischen Abkommens
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Vom 12. Februar 2013

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 5. Dezember 2012 zu dem Abkommen vom 17. November 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Fürstentum Liechtenstein zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (BGBl. 2012 II S. 1462, 1463) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 33 Absatz 2

am 19. Dezember 2012

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 12. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-san-marinesischen Abkommens
über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen
durch Informationsaustausch**

Vom 12. Februar 2013

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 30. September 2011 zu dem Abkommen vom 21. Juni 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik San Marino über die Unterstützung in Steuer- und Steuerstrafsachen durch Informationsaustausch (BGBl. 2011 II S. 908, 909) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 12 Absatz 2

am 21. Dezember 2011

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 12. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

**Bekanntmachung
der deutsch-marokkanischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 14. Februar 2013

Die in Rabat am 21. Dezember 2012 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko über Finanzielle Zusammenarbeit 2009 ist nach ihrem Artikel 5

am 21. Dezember 2012

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 14. Februar 2013

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Michael Fiebig

Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko über Finanzielle Zusammenarbeit 2009

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreichs Marokko –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Marokko beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Zusage der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland mit Verbalnote Nr. 306/09 vom 1. Oktober 2009 sowie das Protokoll der Regierungsverhandlungen in Rabat vom 22. Juni 2010 (Nr. 3.2.2.4)

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Königreichs Marokko oder einem anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer,

1. für das Vorhaben „Energieeffizienz/Sparlampenprogramm“ ein vergünstigtes Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, von bis zu 24 000 000 Euro sowie
2. für das Vorhaben „Errichtung und Nutzung des Solarkraftwerks Ouarzazate – 500 MW/Erneuerbare Energie Fonds“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, von bis zu 40 000 000 Euro

zu erhalten, wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit der Vorhaben festgestellt ist und die gute Kreditwürdigkeit des Garantiegebers weiterhin gegeben ist und die

Regierung des Königreichs Marokko eine Staatsgarantie gewährt, sofern sie nicht selbst Kreditnehmerin wird. Die Vorhaben können nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung des Königreichs Marokko zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der unter Nummer 1 und 2 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der unter Nummer 1 und 2 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet diese Vereinbarung Anwendung.

(3) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen und Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der unter Artikel 1, Absatz 1 Nummern 1 und 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehensverträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2017.

(3) Die Regierung des Königreichs Marokko, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung des Königreichs Marokko übernimmt sämtliche Steuern und Abgaben, die der KfW gegenüber dem Königreich Marokko im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2, Absatz 1 erwähnten Verträge eventuell entstehen, so dass die KfW dem Königreich Marokko weder Steuern noch öffentliche Abgaben zahlen muss.

Artikel 4

Die Regierung des Königreichs Marokko überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundes-

republik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Diese Vereinbarung tritt am Tage ihrer Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Rabat am 21. Dezember 2012 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Michael Witter

Für die Regierung des Königreichs Marokko
Nizar Baraka

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zur Errichtung des Internationalen Fonds
für landwirtschaftliche Entwicklung**

Vom 15. Februar 2013

Das Übereinkommen vom 13. Juni 1976 zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (BGBl. 1978 II S. 1405, 1408) ist nach seinem Artikel 13 Abschnitt 3 Buchstabe b für

Nauru	am 13. Februar 2013
Tuvalu	am 13. Februar 2013
Vanuatu	am 13. Februar 2013

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. Dezember 2012 (BGBl. 2013 II S. 15).

Berlin, den 15. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln
Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 52,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 5,85 € (4,80 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten).
Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit
zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt**

Vom 18. Februar 2013

Das Protokoll von Cartagena vom 29. Januar 2000 über die biologische Sicherheit (BGBl. 2003 II S. 1506, 1508) zum Übereinkommen vom 5. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (BGBl. 1993 II S. 1741, 1742) wird nach seinem Artikel 37 Absatz 2 für

Libanon am 7. Mai 2013
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. Oktober 2012 (BGBl. II S. 1249).

Berlin, den 18. Februar 2013

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Martin Ney